

EXPERTISEN IM THEMENFELD POLITIK, WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
(Ausschreibung des BMBF vom 5. Oktober 2001)

**DIE GESELLSCHAFTLICHE DISZIPLINIERUNG BIO- UND GEN-ETHISCHER FRAGEN
DURCH DIE POLITISCHE INSTITUTIONALISIERUNG VON "DISKURS"**

Prof. Dr. Sabine Maasen
Wissenschaftsforschung
Universität Basel
Missionsstr. 21
CH – 4003 BASEL

Tel. 0041 61 260 21 99
Fax. 0041 61 260 21 97
Email: sabine.massen@unibas.ch

IN ZUSAMMENARBEIT MIT
MANUEL HEDIGER, MARIO KAISER, FRANCESCA HÖCHNER
(STUDENTISCHE ASSISTIERENDE, UNIVERSITÄT BASEL)

31. Mai 2002

Diese Expertise ist ein Teil des Forschungsfeldes

KONTROVERSES WISSEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM – INSTRUMENTE UND ARENEN DER DISKUSSION

(kooperierende Expertisen: K. Braun, P. Weingart et al. und R. Wink)

GLIEDERUNG:

EINFÜHRUNG IN DAS FORSCHUNGSFELD:

KONTROVERSES WISSEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM - INSTRUMENTE UND ARENEN DER DISKURSIVIERUNG

THEMATISCHER RAHMEN ZU DEN EXPERTISEN BRAUN, MAASEN, WEINGART, WINK

EXPERTISE MAASEN:

DIE GESELLSCHAFTLICHE DISZIPLINIERUNG BIO- UND GEN-ETHISCHER FRAGEN DURCH DIE POLITISCHE INSTITUTIONALISIERUNG VON "DISKURS"

GLIEDERUNG:

1. ÖFFENTLICHER DISKURS ALS LEGITIMIERUNGSSTRATEGIE
 - DAS PROBLEM
 - DAS FORSCHUNGSFELD
2. ÖFFENTLICHES RÄSONNEMENT IM MODUS DER TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG
3. EINE PRAXEOLOGISCHE PERSPEKTIVE AUF (SUB-)POLITISCHE FORMEN DER DELIBERATION
4. FOREN UND FORMEN DES ÖFFENTLICHEN DISKURSES: SKIZZEN & FORSCHUNGSFRAGEN
 - 4.1 FORUM INTERNET: CHATS UND NEWS GROUPS
FORSCHUNGSFRAGEN
 - 4.2 FORUM: ÖFFENTLICHE TAGUNGEN & SYMPOSIEN
FORSCHUNGSFRAGEN
 - 4.3 FORUM: NATIONALER ETHIKRAT
FORSCHUNGSFRAGEN
 - 4.4 FORUM BÜRGERKONFERENZ: PARTIZIPATIVE TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG
FORSCHUNGSFRAGEN
 - 4.5 FORUM: PRINTMEDIEN
FORSCHUNGSFRAGEN
5. RAHMEN-DISKURSE: GOUVERNEMENTALITÄT - GOVERNANCE
FORSCHUNGSFRAGEN ZUR POLITISCHEN INSTITUTIONALISIERUNG VON DISKURS AM BEISPIEL BIO- UND GEN-ETHISCHER FRAGEN
- LITERATUR
- ANHANG

Forschungsfeld:

Kontroverses Wissen im öffentlichen Raum - Instrumente und Arenen der Diskursivierung (Rahmen zu den Expertisen Braun, Maasen, Weingart, Wink)

Unter den vielfältigen Charakterisierungen der Wissensgesellschaft nimmt die gewachsene Bedeutung des wissenschaftlichen Wissens für politisches Handeln einen vorrangigen Platz ein. Die *Verwissenschaftlichung der Politik* spiegelt damit die *Verwissenschaftlichung der Lebenswelt* wider. Anders jedoch als in den geläufigen Thesen zur Wissensgesellschaft suggeriert wird, bedeutet die Verwissenschaftlichung nicht einen gradlinigen Rationalitätszuwachs. Im Bereich der Politik dokumentiert sich dies u.a. in der für die modernen Massendemokratien spezifischen Legitimationsfunktion dieses Wissens und den damit verbundenen paradoxen Folgen.

Die zeitgenössischen Demokratien operieren, stärker als alle anderen politischen Systeme vor ihnen, auf der Grundlage zweier "Legitimationskreise öffentlicher Entscheidungen" (Roqueplo 1995, 176)¹. Entscheidungen müssen nicht nur von Repräsentanten *delegierter* Macht getroffen werden, sondern auch *rational* im Licht vorhandenen wissenschaftlichen Wissens sein. Die legitimatorische Funktion steht vor allem in Debatten über Probleme mit einem starken wissenschaftlich-technischen Inhalt im Vordergrund. Der Legitimationswert des Expertenwissens als politischer Ressource hat allerdings auch die *Demokratisierung* des Zugangs zu ihm bewirkt. Nicht nur die jeweiligen Regierungen, sondern auch die Oppositionsparteien sowie Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen können sich in politischen Auseinandersetzungen auf Expertenwissen berufen. Damit ist tendenziell eine Konkurrenz unter den politischen Akteuren um die jeweils neuesten Forschungsergebnisse begründet worden. Diese Konkurrenz um Wissen und seine Kontrolle vollzieht sich nicht nur zwischen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, sondern auch innerhalb der politischen Administrationen zwischen ihren verschiedenen Ministerien oder Referaten (Peters, Barker 1993, 3)².

Die solcherart konstituierte Konkurrenz um das neueste und deshalb vermeintlich überzeugendste wissenschaftliche Wissen produziert jedoch eine paradox erscheinende Konsequenz. Die Rekrutierung von Experten (und das durch sie repräsentierte Wissen) treibt nämlich über den Bereich des konsentierten Wissens hinaus bis an die jeweiligen Forschungsfronten, also dorthin, wo das Wissen noch umstritten, die Behauptungen unsicher und Angriffen gegenüber offen sind, wo die Kontroversen noch andauern und der Kommunikationsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Die *Politisierung* der auf diese Weise in politische Kontroversen eingebundenen *Experten* hat zu einem dramatischen Autoritätsverlust wissenschaftlicher Berater geführt. Der intensiviertere Rückgriff auf wissenschaftliche Expertise hat überdies den Grad der Sicherheit auf Seiten der Richter, Verwaltungsbeamten und Politiker nicht etwa gesteigert, sondern im Gegenteil die Unsicherheit durch die Konfrontation mit nicht abgeschlossenen innerwissenschaftlichen Debatten oft noch erhöht.

Die überzogenen Erwartungen an wissenschaftliches Wissen überfordern systematisch die Fähigkeiten der Experten, vor allem durch die Unterstellung ihrer Einigkeit und Sicherheit. Zugleich hat die öffentliche Beobachtung der wissenschaftlichen Beratung durch die Medien die Unsicherheit wissenschaftlichen Wissens in den Kontroversen fokussiert. Die *Medialisierung der Politik* hat sich auch auf die Rolle der Experten erstreckt. Die unvermeidbare Enttäuschung wird zum Hauptgrund für den Vertrauensverlust gegenüber wissenschaftlicher Expertise.

¹ Roqueplo, P. (1995): Scientific Expertise among Political Powers, Administrations and Public Opinion. In: *Science and Public Policy* 22, 3, S. 175-187.

² Peters, B.G. und A. Barker (1993): Governments, Information, Advice and Policy-Making. In: B.G. Peters und A. Parker (Hg.): *Advising West European Governments*. Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 1-19.

Das so charakterisierte Paradox der Inflationierung wissenschaftlicher Expertise verweist auf neue institutionelle Mechanismen zur Sicherung politischer Legitimation. Der allgemein erkannte Autoritätsverlust wissenschaftlicher Expertise und damit ihrer Funktion als politischer Ressource hat in der Politik dazu geführt, dass neben die fortbestehenden Beratungsarrangements neue Arrangements zur Sicherung von Legitimation treten, die über die herkömmlichen Formen der Repräsentation und Delegation hinausgehen. Dabei handelt es sich um sehr heterogene institutionelle Regelungen, die sich am ehesten durch die ihnen gemeinsamen Funktionen näher bezeichnen lassen.

Sie können auf der höchsten Abstraktionsebene dadurch charakterisiert werden, dass sie die Funktion der *Diskursivierung* spezifischer und für maßgebliche gesellschaftliche Gruppierungen kontroverser 'Issues' haben. Die Diskursivierung meint die Prozeduralisierung von Kontroversen nach der Maßgabe, dass es bei der Lösung von politischen Konflikten nicht in erster Linie um die Herstellung von Konsens oder das Erreichen einer durch eine Mehrheit gestützten Entscheidung geht, sondern dass diese nur dann als nachhaltig legitim gelten kann, wenn sie zuvor Gegenstand eines Diskurses gewesen ist. Kennzeichnend für die Diskursivierung als Ressource der Legitimationssicherung sind deren Funktionen der *Deliberation, Mediation, Infomierung, Beratung und Empfehlung*.

Kennzeichnend für diese neue Form der politischen Legitimationssicherung ist, dass der Gegenstand der Diskursivierung je *spezifische Issues* sind, die je *spezifische Öffentlichkeiten* betreffen bzw. interessieren und engagieren. Aus dieser inhaltlichen und repräsentativen Differenzierung des politischen Prozess ergeben sich des weiteren sehr *unterschiedliche Institutionalisierungsformen*. Die schon mit der Entstehung der sog. neuen sozialen Bewegungen einher gegangene Bildung von 'issue-spezifischen' politischen Parteien war noch dem bestehenden Arrangement der allgemeinen Repräsentation durch Volksparteien verhaftet und hat in der Folge dazu geführt, dass auch die Parteien neuen Typs sich dem traditionellen Parteiensystem haben anpassen müssen. Das Diskursivierungsarrangement bleibt dagegen diesseits dieser Institutionalisierungsform. Es reicht von ad hoc organisierten Internetforen über Stadtteilversammlungen zur Diskussion über den Verlauf von Straßentrassen und von den Massenmedien initiierten Diskursen über ethische Fragen der Forschung bis hin zu den umfassenden Vertragsstaatenkonferenzen zum globalen Klimawandel und der Biodiversität. Hinzu kommt, dass sie trotz gleicher thematischer Problemstellungen *nicht untereinander koordiniert* sind, sondern in der Regel *dezentral* operieren.

Ein weiteres Kennzeichen dieser Arrangements sind ihre unterschiedlichen *Formalisierungsgrade*: Sie variieren zwischen zeitlich eng begrenzten, lose organisierten Foren mit offener Teilnehmerschaft bis zu statuarisch eingerichteten Räten mit unbestimmter Dauer und festgelegtem Teilnehmerkreis. Dies impliziert auch die Abstufung von *Laienkompetenz* und *Expertenkompetenz*, die in den unterschiedlichen Gremien in je unterschiedlicher Form kombiniert und mit Blick sowohl auf das zur Diskussion stehende Problem als auch auf die angestrebte Legitimationsfunktion eingesetzt wird. Der wissenschaftliche Experte verliert nicht etwa seine Funktion, wissenschaftliches Wissen zu vertreten, aber ihm werden, z.B. in ethischen Fragen der Forschung die Laien aus der Kirche, den Gewerkschaften und NROs an die Seite gestellt. In diesem Kontext wird die zunehmend intensive Diskussion über die besondere Funktion des Laienwissens als notwendige Ergänzung des wissenschaftlichen Wissens ebenso wie die EU-Initiative zur Demokratisierung der wissenschaftlichen Politikberatung durch Einbeziehung von Laien zu verstehen. Offenbar wird der Legitimationsbedarf unterschiedlicher Problemstellungen ebenso verschiedenartig eingeschätzt, wie die Legitimationskraft der durch Experten und Laien repräsentierten unterschiedlichen Wissensarten.

Ein letztes Merkmal sind die unterschiedlichen Formen der Anbindung der Diskursivierungsarrangements an politische Entscheidungen. Zwar richtet sich die generelle Erwartung des Legitimationsergebnisses an alle

Institutionalisierungsformen der Diskursivierung, aber die Einbindung in den politischen Entscheidungsprozess reicht von der relativ engen Kopplung bis zur vollkommenen Unabhängigkeit. Im ersten Fall können Empfehlungen (z.B. einer Enquêtekommission) eine legitimatorische Eigendynamik entwickeln. Im letzten Fall bleiben die Deliberationen im Kontext eines Internetforums im wesentlichen auf die Informations- und Diskussionsbedürfnisse der Teilnehmer/innen beschränkt.

Zusammenfassend lassen sich diese institutionellen Arrangements zur Sicherung politischer Legitimation als neuartige Umgangsformen mit kontroverserem Wissen im öffentlichen Raum charakterisieren. Vier Dimensionen sollen hervorgehoben werden: die politische Institutionalisierung von Diskurs

- die wechselseitige Reflexion von Wissen und Werten (Ethisierung von Wissenschaft, Verwissenschaftlichung der Ethik) in der öffentlichen Willensbildung
- die Medialisierung der Diskurse, d.h. die Herstellung allgemeiner Sichtbarkeit der Diskurse unter den Bedingungen der Medienrationalität
- die Transnationalisierung der Diskurse entlang kulturell, sprachlich und rechtlich bestimmter Grenzen

Mit diesen vier Dimensionen wird ein Forschungsfeld abgesteckt, mit dem eine neue Entwicklung im politischen Raum erfasst wird, für deren Verständnis bislang keine übergreifenden begrifflichen und theoretischen Instrumentarien zur Verfügung stehen. Das wesentliche Charakteristikum dieses Feldes ist es, dass die Bedeutung unterschiedlicher Wissensformen, ihrer jeweiligen sozialen Trägergruppen und ihrer legitimatorischen Beziehungen zur Politik in das Zentrum gerückt werden. Damit werden die herkömmlichen Grenzen der Dichotomie 'wissenschaftliches Wissen/Politik' überschritten und der umfassendere Zusammenhang '(wissenschaftliches) Wissen - Werte - Willensbildung' in den Blick genommen. Diese neue Dimensionierung des Feldes 'science policy' soll in den folgenden vier Expertisen näher exploriert werden:

1) Deliberative Modelle als Mittel der Demokratisierung von Bioethik- und Biomedizinpolitik (Braun, Herrmann, Könniger)

Bioethik und Biomedizin gehören zu den am meisten umstrittenen Gebieten von Wissenschaft und Technik in modernen Gesellschaften. Politische Entscheidungen in diesem Feld entpuppen sich mehr und mehr als "wicked problems": nicht nur die möglichen Lösungen sind umstritten, sondern auch die Problemdefinitionen. Prozeduralisierung und Diskursivierung sind häufig die Antwort: Neue Institutionen und Verfahren zur Diskussion und Beratung zwischen Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit sollen Lösungen oder Lösungsvorschläge für die Probleme der Bioethik entwickeln. In zahlreichen Staaten sowie inter- und supranationalen Organisationen haben sich daher Bioethikpolitiken als neues Politikfeld (*public policies*) entwickelt. Die hier vorgelegte Expertise geht von der Prämisse aus, dass an diese Bioethikpolitiken ein demokratischer Anspruch zu stellen ist. Ausgehend von der Diskussion um Partizipation und Öffentlichkeit in Wissenschafts- und Technikkonflikten sowie Theorien der Demokratie und Demokratisierung werden drei Grundtypen deliberativer Bioethikpolitik unterschieden und deren demokratiebezogene Stärken und Schwächen erörtert. Darüber hinaus werden jeweils mögliche Vorsichtsmaßnahmen skizziert, mit denen undemokratischen Tendenzen und Implikationen der einzelnen Modelle entgegengewirkt werden kann. Im empirischen Teil wird diese Typologie - tentativ und exemplarisch - auf einige Fallstudien angewendet. Die Fallstudien sollen deutlich machen, welche Forschungsaufgaben sich einer zukünftigen, demokratiesensiblen Policy Analyse im Bereich der Bioethikpolitik stellen würden.

Forschungsfragen:

- Welche Bioethikpolitiken werden in den verschiedenen Ländern bzw. inter- und supranationalen Organisationen entwickelt? Welche Ziele, Ansprüche, Strukturen, Akteurskonstellationen und Ergebnisse weisen sie auf?
- Haben sich Prozeduralisierung und Diskursivierung als Mittel der Demokratisierung von Bioethikpolitik erwiesen? In welchem Sinne und in welchem Maße? Welche Bedingungen und Faktoren behindern bzw. befördern eine Demokratisierung von Bioethikpolitik?

2) Die gesellschaftliche Disziplinierung bio- und gen-ethischer Fragen durch die politische Institutionalisation von "Diskurs" (Maasen)

Die Expertise beruht auf drei Beobachtungen im Bereich der Interaktion von Wissenschaft und Öffentlichkeit: Erstens: Diskurs boomt! Zweitens: Diskurs diversifiziert sich! Drittens: Der Diskurs selbst wird Gegenstand von Diskurs! Von der Diskursivierung wertsensitiver Fragen erhofft man sich offenbar die Legitimation für politische Entscheidungen, die trotz und aufgrund wissenschaftlicher Kontroversen und ethischer Brisanz getroffen werden müssen. Am Beispiel der öffentlichen Diskurse zur Biomedizin und Biotechnologie wird zunächst die Proliferation von unterschiedlichsten Foren und Formen der Diskursivierung im (sub-)politischen Raum konstatiert (Printmedien, Internet, Nationaler Ethikrat, Bürgerkonferenz). Ihre Funktion, so die These, ist die Legitimierung politischer Entscheidungen gerade dort, wo unsicheres Wissen und ethische Differenzen aller Erwartung nach weiter bestehen bleiben werden und wo *dennoch* politisch prozediert werden muss. In diesen Foren geht es daher weniger, wie immer wieder proklamiert, um die Herstellung von Konsens, sondern um das Verständnis für Unsicherheit und Dissens: um die Herstellung von Vertrauen. Die Diskursivierung unterliegt allerdings drei Paradoxien (des biotechnologischen Regulierungswissens, der genetifizierenden Praxis, des flexiblen Moralmanagement), die in selbstüberbietender Weise immer mehr Diskurse hervorbringen. Gleichzeitig entsteht in der Gesellschaft ein Diskurs zum Diskurs, und zwar als eine Diskussion über die Form, die die wissenschaftliche Kontroverse, die ethische Auseinandersetzung oder die politische Debatte annehmen soll (also darüber: wer wann mit wem wie, warum und wo kommunizieren kann oder soll). Damit wird auch geklärt, was eigentlich 'das Thema' ist und was 'entscheidungsfähige Optionen' sind. Die Expertise spricht sich deshalb für diskursanalytische Untersuchungen der Form und Foren von Diskursen aus und gibt dazu einige plausibilisierende Skizzen.

Forschungsfragen:

- Wie machen sich Politisierungen und Ethisierungen von Wissen in heterogenen Diskursforen geltend?
- In welchen Formen wird die Öffentlichkeit adressiert, involviert, oder engagiert sie sich selbst?
- Können Reflexionsgremien lernen? Oder sind die VertreterInnen qua Mandat (als Funktionäre einer bestimmten Partei, Gruppe etc.) dazu verurteilt, ihre Positionen durchzusetzen, um auch gegenüber ihrer constituency glaubwürdig zu bleiben? Ist die Voraussetzung des 'organized scepticism' für solche Verfahren realistisch/zumutbar?
- Wie lassen sich vorliegende diskursanalytische Ansätze und diskursethische Reflexionen so kombinieren, dass sie am Beispiel der Untersuchung der gesellschaftlichen Thematisierung von Biomedizin und Biotechnologie Funktion und Wirkung (sub-)politischer Diskursivierungen erfassen?

3) Die gesellschaftliche Diskussion wissenschaftlichen Fortschritts in den Massenmedien Der Fall Biotechnologie und Biomedizin (Weingart, Salzmann, Wörmann)

Im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft spielen die Massenmedien eine bedeutende Rolle. Sie stellen in zunehmendem Maße die Arena dar, in der über wissenschaftlich-technologische Entwicklungen und wissenschaftliche Expertise kontrovers diskutiert wird. Rezente Beispiele hierfür sind die Debatten über die Stammzellforschung oder den Klimawandel. Allerdings operieren sie nicht, wie in frühen Vorstellungen des *Public Understanding of Science* und der Popularisierung angenommen, als Übersetzer wissenschaftlichen Wissens in die Öffentlichkeit, sondern vielmehr gemäß der ihnen eigenen Relevanzkriterien und Verarbeitungsmechanismen.

Die Beobachtung der medienöffentlichen Diskurse zu wissenschaftlichen und technologischen Issues in den Massenmedien verspricht Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen Wissenschaft, Medien und Gesellschaft sowie über die spezifischen Mechanismen, die beobachtbaren Spannungen und Rückkopplungen in den Funktionsbereichen. Für die Wissenschaft und die (Wissenschafts-)Politik ergeben sich aus der Medialisierung – ihrer engeren Kopplung mit den Medien – Konsequenzen für die Legitimation wissenschaftlichen Fortschritts.

Allerdings sind hierbei nicht nur die Medienformate von Bedeutung, die reale Akteure mitsamt ihren Argumenten, Deutungsmustern u.ä. den Zugang zu Diskursen in den Medien ermöglichen (Nachrichten, Kommentare und Reportagen in Print- und TV-Medien). Zur gesellschaftlichen Verarbeitung kontroversen Wissens tragen auch fiktionale Formate bei. Der Spielfilm oder der Roman als Massenmedien mit großer Reichweite und hoher kultureller Gedächtnisfunktion dienen ebenfalls zur Vermittlung von Inhalten, Bereitstellung von Stereotypen und Bewertung von wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen. Berühmte Beispiele, die in aktuellen Diskursen ihre Wirkmächtigkeit als Metaphern oder Leitbilder entfalten bzw. ein gesellschaftliches Unbehagen mit neuen wissenschaftsbasierten Entwicklungen widerspiegeln, sind die Romane *‘Brave New World‘* (1932) sowie die Spielfilme *‘Gattaca‘* (1997) und *‘Das China-Syndrom‘* (1979).

Die Analyse der Mediendiskurse zu kontroversen Wissen liefert infolge dessen einen strategischen Beitrag zum Verständnis der ‘Einbettung’ neuen Wissens und neuer Technologien in die Gesellschaft und hat damit eine wichtige Frühwarnfunktion für die Wissenschaftspolitik.

Forschungsfragen:

- Welche wissenschaftlich-technischen Themen kommen in den Massenmedien vor?
- Unter welchen Bedingungen entwickeln sich diese Themen zu kontroversen Issues in Diskursen?
- Welche Rolle spielen die Geistes- und Sozialwissenschaften in den kontroversen Diskursen?
- Welche Bedeutung haben elektronische und digitale Medien in der medialen Darstellung von Wissenschaft und Technik?
- Welche Konsequenzen hat die Medialisierung für die Wissenschaft? Welche Konsequenzen hat dies für das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft (*Public Understanding of Science*)?

4) Governance wissenschaftlichen Fortschritts: Ist die Politik überflüssig geworden? – Transnationalisierung der Wissensprozesse und ihre Konsequenzen für den Umgang mit Kontroversen um Wissen (Wink)

Diese Studie setzt sich unter Verwendung des Beispiels embryonaler Stammzellforschung speziell mit den Auswirkungen der Transnationalisierung von Wissensströmen und damit des ”Auseinanderfallens von Flächen- und Sozialraum” auf die Entstehung von Institutionen zum Umgang mit kontroversen Wissen auseinander. Ausgehend

von der Methodik einer evolutionären Institutionenökonomik werden drei Thesen erarbeitet, begründet und im Hinblick auf künftige Forschungsfragen untersucht: (1) die Veränderung der Formen, Inhalte und Kanäle von Wissenstransfers durch die Transnationalisierung institutioneller Arrangements, (2) Grenzen der Institutionalisierung transnationalisierter Prozesse des Umgangs mit kontroversen Wissen mit der Konsequenz einer Neubewertung der Rolle politischer und privater Prozesse bei der Willensbildung und -umsetzung, und (3) eine zunehmende Fragmentierung des Zugangs zu Prozeduren der Wissensverarbeitung durch eine Transnationalisierung solcher Prozeduren mit wesentlichen Folgen für die Legitimation kontroverser Forschung.

Forschungsfragen:

- Welche Kanäle werden bei der transnationalen Übertragung "kontroversen Wissens" verwendet und inwieweit unterscheiden sie sich von anderen Formen der Wissensübertragung? Welche Veränderungen haben sich hierbei im Zeitverlauf ergeben? Inwieweit sind Übertragungsmuster und inhaltliche Bereiche "issue-spezifisch"?
- Mit welchen Methoden sind transnationale Übertragungen "kontroversen Wissens" abzubilden? Wie sind Effekte der Wissensübertragung auf die Willensbildung und wissenschaftspolitische Entscheidungen zu identifizieren und zu messen?
- Wie sind die Folgen der transnationalen Übertragung "kontroversen Wissens" demokratiethoretisch und aus der Sicht alternativer Legitimationskriterien zu beurteilen? Welche Bedeutung kommt hierbei Beschränkungen der Diskursivität von Wissensverarbeitungen und der Exklusivität von Prozessen der Wissensübertragung und -verarbeitung zu? Welche Ansatzpunkte bei der transnationalen Übertragung von Wissen gibt es zur Erhöhung der Legitimation wissenschaftspolitischer Entscheidungen über den Umgang mit "kontroversen Wissen"?

1. ÖFFENTLICHER DISKURS ALS LEGITIMIERUNGSSTRATEGIE

1.1 Das Problem

Aus einer Information der Bundesregierung:

Einrichtung eines Nationalen Ethikrats, beschlossen am 2.5.2001 (Stand: 19.07.2001):

... Der Ethikrat wird kein geschlossener Zirkel sein, so der Kanzler, sondern ein dauerhaftes Forum des Dialogs, in dem sich die verschiedenen wissenschaftlichen, gesellschaftlichen, philosophischen und theologischen Positionen wiederfinden. Nur eine Gesellschaft, die Bescheid weiß und offen über die Optionen diskutieren kann, ist in der Lage, über eine so schwerwiegende Zukunftsfrage wie die Nutzung der Gentechnik zu entscheiden. "Ich bin sicher," sagte der Kanzler in Berlin, "dass der nationale Ethikrat dazu beitragen wird, die Diskussion um die Gentechnik viel intensiver und viel transparenter als bisher zu führen ...

Aufgabe des Nationalen Ethikrats wird es deshalb sein, die verschiedenen gesellschaftlichen Positionen zu reflektieren und Diskussionsimpulse zu geben. Bürgerinnen und Bürger sollen in den Dialog einbezogen werden, um die Gentechnikdebatte auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Der Nationale Ethikrat soll die Diskussion von Expertenkreisen und gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen ...

Die vorliegende Expertise schlägt vor, sich mit der Frage befassen, was im politischen Feld dem Diskurs und seinen Institutionalisierungen zugetraut und zugemutet wird. Die gegenwärtigen Entwicklungen in Genetik und Fortpflanzungsmedizin, aber auch anderer Schlüsseltechnologien, veranlassen nicht nur den Bundeskanzler, sondern auch viele andere Institutionen, zu der Form des öffentlichen Diskurses zu greifen. Von der Diskursivierung wertsensitiver Fragen erhofft man die Legitimation für politische Entscheidungen, die trotz und aufgrund wissenschaftlicher Kontroversen und ethischer Brisanz getroffen werden müssen. Nicht zuletzt deshalb befindet sich die Wissenschaft allerorten im Dialog, tritt in Konsensuskonferenzen, PTA und ‚Runden Tischen‘ auf, bemüht sich um *Public Understanding of Science*. In Fragen von gesamtgesellschaftlichem Interesse scheint der öffentliche Diskurs vielfältige Funktionen zu übernehmen (vgl. Office of Science and Technology 2000): Er

- fokussiert die Debatte, und zwar über Disziplinen- und Expertengrenzen und gesellschaftliche Teilbereiche (z.B. Kirchen, Verbände, Laien) hinweg;
- fördert und strukturiert das gesamtgesellschaftliche Wissen über die zur Debatte stehenden Thematiken und trägt so zur Aufklärung und Vertrauensbildung bei;
- bereitet für das politische Handeln problematische Entscheidungen vor;
- legitimiert & verteilt die politische Verantwortung für gesellschaftlich riskante Entscheidungen;
- eröffnet den damit verbundenen ethischen Problematisierungen Kontexte der Anwendung.

Das Problem gilt als eklatant und als in seinem ethischen Kern wiederkehrend: "Forschung an Embryonen heisst: Zerstörung von Embryonen. In dieser Tatsache liegt das ethische Hauptproblem, an dem sich die Debatte im wesentlichen entzündet – sei es beim sog. Therapeutischen Klonen oder bei der embryonalen Stammzellenforschung. Anstoß erregt primär der notwendigerweise von diesen Techniken erzwungene oder – im Falle von importierten Stammzellen – in Kauf genommene ‚Verbrauch‘ eines menschlichen Lebens im Frühstadium, das bereits alle genetischen Informationen besitzt, so dass unter günstigen Bedingungen ein Mensch heranwachsen kann. Dass dies so ist, dass die Schutzwürdigkeit des beginnenden menschlichen Lebens noch einmal solche Wellen

schlagen würde – das ist das Überraschende an einer Diskussion, die die Abtreibungsdiskussion bereits hinter sich hat” (Geyer 2001, 12).

Das Problem wird überdies als multidimensional eingeschätzt – es geht um die ethische Bewertung und den politischen Umgang mit Forschungen, die hinsichtlich ihrer Wissensgrundlage und ihrer medizinisch-therapeutischen Konsequenzen umstritten sind. In dieser Situation, so die allgemeine Überzeugung, ist ein breiter Diskurs die Antwort – doch auf welche Frage?³ Vielleicht, so kann man vorgehend vermuten, geht es gar nicht so sehr um die Beantwortung inhaltlicher Fragen, gar um Konsens (vgl. dazu auch die Studie von Braun, Herrmanns 2000)⁴. Vielleicht geht es eher darum, *trotzdem*, also auch ohne Aussicht auf entscheidungssicheres Wissen und Wertekonsens Diskurse zu führen, um durch breite Beteiligung der Öffentlichkeit an Kommunikation deren *Verständnis für* kontroverses Wissen und differierende Werte zu erhöhen. Es geht, aus einer anderen Warte formuliert, um die Herstellung von Vertrauen, wohlgerne gerade dort, wo unsicheres Wissen und ethische Differenzen aller Erwartung nach weiter bestehen bleiben werden und wo *dennoch* politisch prozediert werden muss. Der Diskurs ist angesichts dieser Situation eine Antwort auf die Frage nach der Herstellung politischer Legitimierung. Dabei handelt es sich allerdings um eine Antwortstrategie, die durch drei konstitutive Paradoxien gekennzeichnet ist:

- *Paradoxien des Wissens*. Erstens indizieren diese Diskursivierungen eine Transformation in der Biopolitik. Die Problematisierungen folgen nicht mehr dem technokratischen Typus. Vielmehr handelt es sich um einen sozialwissenschaftlich informierten Regulierungsdiskurs, der darauf abzielt, das Bewusstsein, den Kenntnisstand und das Informationsverhalten zu erweitern (vgl. Lösch 2001).⁵ Vertrauen in biomedizinisches und biotechnologisches Wissen, insbesondere dort, wo die Befunde kontrovers und die Prognosen uneinheitlich sind, wird durch die geordnete Kommunikation über diese Kontroversen hergestellt. Die Paradoxie: Aufklärung durch Information geht mit Sensibilisierung, also weiterem Diskursbedarf einher.
- *Paradoxien der Praxis*. Diese Diskursivierungen sind damit ein Beispiel für das, was Lemke Genetifizierung nennt: Es geht um die ‚Reg(ul)ierung biomedizinisch relevanter Risiken‘, die sowohl der Gesellschaft als auch dem Individuum aufgetragen sind. Von seiten der Wissenschaft geht mit dem Rekurs auf Risiken das Versprechen eines Zugewinns an Sicherheit einher; zugleich aber werden immer mehr ‚Dispositive der Unsicherheit‘ geschaffen. Beispielsweise führt die versprochene Kontrolle von Risiken durch die Biomedizin zu einer beständigen Ausweitung möglicher Defekte und Krankheiten (vgl. Fox-Keller 1995): “Im Hinblick auf die genetische Norm gibt es keine potenzielle Vollkommenheit, sondern nur noch ein konstitutives Defizit: *No body*

³ Vgl. Braun, Herrmann (2000), If Discourse is the Solution – What is the Problem? The Politics of Discourse on Biomedicine in Germany, Ms.

⁴ Man beachte dazu etwa die geringe Aufmerksamkeit, die die Bundestagsentscheidung am 31.1.2002 in der Presse gefunden hat.

⁵ “Man mag selbst uninteressiert sein, aber die Lebensumstände verschieben sich trotzdem. Handlungen und Verantwortlichkeiten in der Gesellschaft werden im Lichte neuer Einsichten und neuer technischer Optionen reorganisiert. Die Möglichkeiten, genetische Risiken zu erkennen, zukünftige Krankheiten vorherzusagen oder behinderte Föten vorgeburtlich zu selektieren, sind irreversibel ... Die Angebote der genetischen Diagnostik sind ... schon als solche folgenreich und unausweichlich” (Daele 1989, 222f.).

is perfect” (Lemke 2000, 238). Von seiten der Nachfragenden verbindet sich mit neuen diagnostischen Möglichkeiten (z.B. PID) das Verständnis, ‚ein Recht auf‘ ihre Inanspruchnahme zu haben (vg. Beck-Gernsheim 2001). Vertrauen wird in dieser Dimension über die Bereitstellung von Praktiken zu einer genetisch verantwortlichen Lebensführung hergestellt. Die Paradoxie: Regulierungspraktiken weiten die Zonen des zu Regulierenden aus, damit auch den Bedarf an Reflexion darüber.

- *Paradoxien der Moral.* Der religiöse und ethische ‚Fundamentalismus‘ hat zwar noch nicht ausgedient, doch an dessen Seite tritt zunehmend ein Moralmanagement, das sich als modern und flexibel präsentiert. Es zielt vor allem auf die Kontrolle von und durch Legitimationsinstanzen (vgl. Lemke 2000, 254), die ‚nach Sachstand‘ und ‚bis auf weiteres‘ zu entscheiden haben. Mindestens ebenso sehr aber zielt die Idee des Moralmanagements auf das ethisch befriedigende Umgehen mit dem ethischen Empfinden der Beteiligten.⁶ Vertrauen in den öffentlichen Umgang mit heterogenen Werten wird über die Prozeduralisierung und Verbreiterung des politischen Diskurses (aber auch durch die Professionalisierung der ethischen Reflexion) hergestellt. Die Paradoxien des Moralmanagements: Die diskursive Berücksichtigung von Werten in biomedizinischen und biotechnologischen Fragen gibt der Ethik grösseres Gewicht, birgt indes die Gefahr einer Ethisierung, die wissenschaftliche, technische, rechtliche Fragen etc. tendentiell dominiert.⁷

Über alle diese Dimensionen hinweg (biotechnologisches Regulierungsmodell, genetifizierende Lebensführung, flexibles Moralmanagement) forciert der Diskurs in seinen vielfältigen Erscheinungsformen Kontroversen, strukturiert den Bereich des Nicht/Wissens und stabilisiert so wissenschaftliche und ethische Brisanz durch geordnete Kommunikation. Der Diskurs ist damit mehr als nur ein anderes Wort für ‚wissenschaftliche Kontroverse‘, ‚ethische Auseinandersetzung‘ oder ‚politische Debatte‘: Er ist die selektiv wirksame Form, die die eben genannten spezifischen Kommunikationsformen überhaupt ermöglicht, gesellschaftlich diszipliniert und an die Verantwortung für die individuelle Selbstführung zurückbindet. In allen Dimensionen funktioniert der Diskurs selbstüberbietend: Der Bedarf nach (vorsorglicher) Regulierung wächst, stellt Wissenschaft, Ethik, Politik und Recht unter Zugzwang – mehr Diskurs ist die Folge. Auch die gesellschaftlich kontroverse Thematisierung ethischer Fragen im Bereich der Bio- und Gentechnologie wird bereits in einer Vielzahl von Diskursen organisiert.

Geyer konstatiert zu Recht: Im Falle von ES, therapeutischem Klonen und PID “schiebt sich jenseits aller Einzelperspektiven die Frage in den Vordergrund, *wie denn die Auseinandersetzung überhaupt zu führen sei*” (Geyer 2001, 10). Die damit verbundenen Fragen richten sich sowohl auf den Inhalt, die Argumentationsweise, als

⁶ Im einzelnen identifiziert Kettner drei besondere Problemklassen: Der “Moral entstehen Probleme der moralisch richtigen Abwehr ihrer moralisch falschen Instrumentalisierung, ihrer strategischen Indienstnahme für nichtmoralische oder unmoralische Zwecke. Aus der Tatsache, dass es viele Moralen gibt, entspringen der Moral Probleme des moralisch richtigen Umgangs mit moralischer Differenz. Aus der Tatsache, dass unser Moraldenken ... nicht so systematisierbar ist wie z.B. unser mathematisches Denken, erwachsen der Moral Probleme der moralischen richtigen Handhabung moralischer Unbestimmtheit” (Kettner 2000, 394).

⁷ Düwell spezifiziert die (nicht-dominanten) Möglichkeiten ethischer Reflexion am Beispiel eines komplexen moralischen Urteils im Falle der In-Vitro-Fertilisation mit anschliessendem Embryotransfer: “Die Erfolgsrate der IVF/ET ist zunächst einfach ein technisches Problem. In einem komplexen moralischen Urteil jedoch können die technischen und sozialen Aspekte unter Zugrundelegung eines normativen Massstabes eine relevante Rolle spielen” ... (Düwell 2000, 86).

auch auf die Form des gesellschaftlichen Diskurses über wissenschaftlich kontroverse und ethisch brisante Themen. Das, was unterdessen bereits den Namen ‚biopolitische Debatte‘ bekommen hat, ist jedoch weniger homogen und geschlossen, als es diese Bezeichnung vermuten lassen würde. Nicht nur scheiden sich die Geister in wissenschaftlichen, wertorientierten oder juristischen Fragen aufgrund je spezifischer Perspektiven (Forschung, Ethik, Recht); überdies formieren sich die Meinungsblöcke quer zu den Akteursgruppen (Parteien, Verbände, Kirchen, juristische und wissenschaftliche Lager, ...). Dabei kommt es zu überraschenden Allianzen und zu immer neuen Reformulierungen oft weltanschaulich gefasster Positionen. Wolfgang Frühwald beschreibt dies als ‚Kulturkampf‘; in einer schwächeren Fassung begreift Christian Geyer die biopolitische Debatte als einen “Streit um kulturalistische Deutungsmuster – ein Streit, bei dem scheinbar Ethik gegen Ethik steht: eine Ethik des unbedingten Heilens gegen eine Ethik, die den Preis der Heilung für zu hoch erachtet, wenn dafür menschliches Leben geopfert werden soll” (Geyer 2001, 11). Wie artikulieren sich alle diese Ansprüche und Anspruchsgruppen im und durch Diskurs?

1.2. Das Forschungsfeld

Dass sich hier ein Forschungsfeld eröffnet, beruht also auf drei Beobachtungen: Erstens: Diskurs boomt! Zweitens: Diskurs diversifiziert sich! Drittens: Der Diskurs selbst wird Gegenstand von Diskurs! Die vorliegende Expertise fordert dazu auf, diese Beobachtungen sozialwissenschaftlich zu analysieren, um daraus Einsichten für die Rolle der Wissenschaft in öffentlichen, v.a. politischen, Kontexten zu gewinnen. Denn: Nicht nur die Bundesregierung etabliert Diskursforen (hier: Enquêtekommisionen). Auch und gerade unterhalb dessen, was demokratisch legitimiert, politisch entscheidungsbefugt und rechtlich verankert ist, siedeln sich Diskurse an oder werden angesiedelt⁸ – so etwa der Nationale Ethikrat (NER) bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Die Formulierung ‚unterhalb‘ hat dabei zwei, nicht immer miteinander verbundene Aspekte: den Aspekt der Institutionalisierungstiefe (die Stärke der Formalisierung in Besetzungsverfahren und Beratungsprozeduren) und den Aspekt der Reflexionstiefe (die Diskursivität der Verfahren). Darüber hinaus unterscheiden sie sich hinsichtlich der beteiligten Akteure sowie der (erreichbaren) Adressaten und ihrer Wirkung. ‚Unterhalb‘ des NER finden sich u.a. folgende Foren und Formen des Diskurses:

- die grossen Printmedien (hier: die Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, der Spiegel)
- eine unüberschaubare Zahl von Tagungen und Symposien mit mehr oder weniger starker Öffentlichkeitsorientierung
- die Bürgerkonferenz im Dresdener Hygienemuseum
- das Internet mit seinen *chats* und *news groups*

Diese Liste ist selbstverständlich nicht erschöpfend: Man könnte (und müsste) des weiteren an das Medium Fernsehen denken, das nicht nur mit Berichterstattungen des Typs Nachrichten aufwartet, sondern auch mit diskursförmigen Formaten wie Talk-Shows. Die Unzahl lokaler Veranstaltungen im kulturellen Raum (initiiert von Kulturreferaten, Theaterinitiativen, weltanschaulichen Gruppierungen, ...), böte ebenfalls ein reichhaltiges Feld, auf

⁸ Zur rhetorischen Funktion dieses Begriffs im Falle der Einsetzung der NER (bzw. ‚Einbindung‘, gar ‚Lenkung‘) s. Dieter Simon in seiner Grussansprache zur Konstituierenden Sitzung des NER am 8. Juni 2001).

dem sich Diskurse tummeln. Für die vorliegende Skizze haben wir uns auf exemplarische und nur plausibilisierende Vorstudien der fünf o.g. Formen und Foren beschränkt: Daraus ergeben sich allerdings Forschungsansätze und – fragen, die auch auf weitere Felder übertragbar wären.

Nationaler Ethikrat, Bürgerkonferenz, öffentlichkeitsorientierte Einzelveranstaltungen, Printmedien und das Internet: Schon in dieser kursorischen Aufzählung kommen Aspekte zum Vorschein, die für diese Expertise und das Forschungsfeld, zu dem sie einen Beitrag leisten will, essentiell sind. Diskurse zum Fragenkomplex embryonaler Stammzellforschung und zum therapeutischen Klonen sind nicht nur *gesellschaftsweit präsent*, sondern zugleich auch *diversifiziert* und *breit verteilt*. Diskurse dieser Art, auch wenn sie das gleiche Problem zum Gegenstand haben, treten als plurilokale, dezentralisierte Veranstaltungen auf. Es wird sich deshalb nicht nur die Frage stellen, wie alle diese Präsenzen miteinander vernetzt sind (bzw. ob und auf welcher Ebene sie es überhaupt sind), sondern auch die Frage danach, wie sich diese Anstrengungen zum demokratisch legitimierten Diskurs, z.B. der parlamentarischen Debatte, verhalten. Die breit verteilte Präsenz und zeitweise hohe Frequenz von Diskursen an verschiedensten Orten der Gesellschaft zeugt zwar von einem hohen Bedarf an (teil-)öffentlicher Auseinandersetzung, vielleicht sogar vom weiteren Ausbau des (sub-)politischen Raums (Beck)⁹; doch es liegt auch eine andere Frage nahe: Soviel Diskurs – aber mit welcher politischen Wirkung?

Vor einem Antwortversuch auf derartige Fragen stehen eine Reihe von Untersuchungen aus, die sich dezidiert und detailliert mit diesen verschiedenen Diskursen befassen. Über was genau wird wie genau mit wem in diesen verschiedenen Foren kommuniziert? Welche Wissensformen werden ins Spiel gebracht, auf welche Weise miteinander verhandelt; welche Akteure beteiligen sich oder werden beteiligt; wie wird die Kommunikation in diesen heterogenen Akteursgruppen organisiert; welche Funktion haben die spezifischen Formen im Hinblick auf die demokratischen Prozesse der Willensbildung ...?

Forschungen zum Bereich der (sub-)politischen Institutionalisierung von Diskurs tragen sich damit in ein grösseres Forschungsfeld ein: Dieses Forschungsfeld ist durch die Frage nach dem Zusammenhang von “(wissenschaftlichem) Wissen – Werten – Willensbildung” charakterisiert. Es lässt sich nach verschiedenen Dimensionen hin aufschlüsseln:

- eine Dimension befasst sich mit den demokratietheoretischen Problemen, die mit einer zunehmenden Diskursivierung von Bioethik- und Biomedizinpolitik verbunden ist (vgl. Expertise Braun);
- eine weitere Dimension betrifft die Frage nach Funktionen und Folgen der zunehmenden Medialisierung biomedizinischer und biotechnischer Debatten (vgl. Expertise Weingart et al.);

⁹ Mit Matthias Kettner lassen sich diese Institutionalisierungen von Diskurs als Fortsetzung und Variante ‚des zivilgesellschaftlichen Segments der sehr breit gefächerten NRO-Bewegung‘ verstehen: Gewerkschaften bilden die erste Phase, Bürgerbewegungen alten Stils die zweite, die ‚neuen sozialen Bewegungen‘ seit dem Ausgang der 60er Jahre die dritte Phase dieser Geschichte. “In der vierten Phase entfaltet sich ein unübersichtliches Netz von unterschiedlichsten Hilfswerken, Lobby-Gruppen und Protestbewegungen (*action groups*). Dieses Netz ist vertikal nicht besonders hoch organisiert... aber horizontal sehr ausgebreitet, über Tausende von Gruppen in fast allen Weltgegenden” (Kettner 2000, 401).

- schliesslich ist die Frage nach der Rolle der Transnationalisierung von Wissensströmen, speziell nach den Voraussetzungen ‚lernender Politik‘ angesichts internationaler Erfahrungen zu stellen (vgl. Expertise Wink).
- Die vorliegende Expertise adressiert eine vierte Dimension: die Diskursivierungen selbst, speziell die sich hier artikulierende gesellschaftliche Reflexion auf die Notwendigkeit, die Bedeutung und die Probleme von Diskursen im Bereich bio- und gen-ethischer Fragen.

Damit wird nicht nur vorgeschlagen, das Feld der (sub-)politischen Diskurse in Augenschein zu nehmen, sondern dies mit Mitteln zu tun, die der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse entstammen. Diskursanalysen erscheinen als besonders geeignet, die geordneten, z.T. inszenierten Kommunikationen zu Themen zu untersuchen, die sowohl im Hinblick auf Wissen komplex und kontrovers als auch im Hinblick auf Werte sensibel sind, und dabei die unterschiedlichsten Akteurskonstellationen engagieren. Der sozialwissenschaftliche Diskurs zum Diskurs bietet dafür verschiedene Methoden und Methodologien an: Im Folgenden werde ich mich zum einen auf die reflexionsanalytische (Habermas, Apel), zum anderen auf die formationsanalytische Variante (Foucault) der Untersuchung von Diskursen beziehen.¹⁰

Der Rekurs auf diese beiden Varianten geschieht in der Annahme, dass ein Verständnis von Form und Funktion der (sub-)politischen Institutionalisierungen von Diskurs nur möglich ist, wenn man sowohl diskursethische als auch auf formative Elemente bezogene Analysestrategien berücksichtigt. So ist in wertsensiblen Fragen, wie etwa denen nach der ‚Verfügbarmachung‘ von embryonalen Stammzellen (wissenschaftlich, technisch, medizinisch, ökonomisch, sozial), die ethische Erwägung ein zentraler Topos. Diesen Topos kann man aus zwei Perspektiven beobachten. Zum einen kann man nach den Formen fragen, die eine geregelte Verankerung ethischer Fragen in einem offenen und fairen Diskurs garantieren – diese Perspektive ergibt sich aus diskursethischen Erwägungen; gleichzeitig kann man aber in einem solchen Diskurs Ethik als spezifische Wissensform befragen, die auf unterschiedliche Weise, z.B. strategisch, eingesetzt wird: Aus formationsanalytischer Perspektive beobachtete man dann ‚Ethisierung als diskursive Strategie‘. Die Expertise schlägt damit auch vor, am Beispiel der Untersuchung der gesellschaftlichen Thematisierung von Biomedizin und Biotechnologie oder aber einzelner diagnostischer Verfahren (z.B. PID) in geordneten Diskursen auch methodologisch-methodisch innovativ zu sein und sich um die fruchtbare Kombination diskursanalytischer Ansätze und diskursethischer Reflexionen zu bemühen.

¹⁰ Dies schliesst selbstverständlich nicht aus, im Hinblick auf Analysen transdisziplinärer Kommunikationen, sofern sie in entsprechender (transkribierter) Form zugänglich sind, auch konversationsanalytisch zu arbeiten, und damit den angelsächsischen Strang der Diskursanalyse einzubeziehen (van Dijk 1997a, b).

- **ÖFFENTLICHES RÄSONNEMENT IM MODUS DER TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG**

Die Sozialwissenschaften beobachten Fälle von Diskursivierung seit längerem. Diskurs gilt in der liberalen Erwägungskultur als Verfahren geordneter Konfliktaustragung und Akzeptanzbeschaffung. Solche Verfahren müssen organisiert werden: Man trifft Entscheidungen über den Zugang zum Diskurs, zum *Procedere* und zu den Geltungsbedingungen von Argumenten, Empfehlungen, und ggf. von Entscheidungen. Die sich darauf gründenden Verfahren gehören dem Feld der Technikfolgenabschätzung (TA) an: “Die Technikfolgenabschätzung (,technology assessment’) ist ein politisch eingerichtetes Verfahren, die mit der gesellschaftlichen Durchsetzung einer neuen Technik zu erwartenden Folgeprobleme und Risiken mit wissenschaftlichen Methoden möglichst frühzeitig zu ermitteln. Sie übernimmt die Funktion, öffentliche Debatten über die Akzeptanz bestimmter Entwicklungen zu versachlichen, über Möglichkeiten und Implikationen bestimmter Entwicklungspfade aufzuklären und politisch-rechtliche Gestaltungsmaßnahmen und moralische Grenzsetzungen für Erzeugung und Verwendung neuer Technologien vorzuschlagen” (Rammert 1993, 23f.)

Eine reichhaltige, erfahrungsgestützte Literatur aus dem Bereich der Technikfolgenabschätzung informiert über die empirischen Probleme der Durchführung solcher partizipativen Verfahren der geregelten Erörterung in Bereichen, die sich sowohl durch Unsicherheit im Hinblick auf die damit verbundenen wissenschaftlichen Fragen als auch durch kontroverse Einschätzungen im Bereich von anzustrebenden Werten auszeichnen (z.B. Bora 1993, Döbert 1994, Gloede 1994)). Man setzt auf Verfahrensgerechtigkeit durch Partizipation und Diskursivität und auf das symbolische und sozial/politische Kapital des Arguments, das im Innen und Aussen solcher Spezialdiskurse Anschluss finden soll.

Diese Literatur kann als ein *Meta-Diskurs solcher Diskurse* gelesen werden: Was sind die empirischen Bedingungen und Effekte dezidiert nicht-dezisionistischer Prozeduren der Entscheidungsvorbereitung, aber auch der Informierung, Legitimierung und der Herstellung von Vertrauen? Dieser Untersuchungsrichtung liegt in der Regel ein bestimmter Diskursbegriff zugrunde, nämlich der Reflexionsbegriff des Diskurses (Habermas 1988, 1992; Apel 1981), der Diskurse als Verfahren begründender Kommunikation mit dem Ziel der Verständigung beschreibt. Aus dieser Warte kann man beispielsweise die in einem solchen Verfahren vorgebrachten Argumente auf ihre Tauglichkeit für die Generierung wahrer, verlässlicherer oder überzeugenderer Aussagen analysieren (Kleimann 2000, Bechmann 2000). Man kann aber auch die Schwierigkeiten untersuchen, den Spezialdiskurs wieder an das allgemeine technikpolitische Konfliktfeld zurückzubinden (Bora et al. 1997). Aus dieser Perspektive geht es mithin um die Funktion und Gestaltung von Diskursen aus der Meta-Perspektive der sie analysierenden Sozialwissenschaften.

Die sozialwissenschaftlichen Risikoanalysen wägen in solchen Verfahren Chancen und Risiken der in Frage stehenden Technologien, Verfahren oder Forschungsvorhaben ab und definieren, was in das Ressort Wissenschaft und was in das Ressort Gesellschaft bzw. die politisch-rechtliche Repräsentation durch das Rechtssystem einzuordnen ist. “Nicht das wissenschaftliche Wissen ... erscheint als politisch, ethisch und rechtlich zu verhandelnder Bereich, sondern vielmehr die Folgen spezifischer Anwendungen des Wissens und der Techniken

seiner Produktion” (Lösch 2001, 37). Indem sich Risikoanalysen als Technikfolgenabschätzung formieren, kommt ihnen bzw. den Gremien, die sie ausüben, die Aufgabe zu, die Risiken eines normalen Gebrauchs z.B. der Genomanalyse in der Medizin zu minimieren, zu regulieren und den Missbrauch genetischer Information weitgehend auszuschließen. Dies resultiert in Handlungsempfehlungen: Wer soll unter welchen Bedingungen Zugang haben oder aber geschützt werden? Enquêtekommissionen, aber auch der Nationale Ethikrat, sind Beispiele für diesen Typus des expertengestützten, die Folgen der Gentechnik abschätzenden Diskurses.

Diese Verfahren haben sich unterdessen weiterentwickelt: Der charakteristischste Wandel ist die Hinwendung zur *Public Sphere* (vgl. zum Folgenden: Joss 2002). Dies ist die Antwort der Technikfolgenabschätzung auf die Herausforderung, wissenschaftlich-technologischen Themen als auch politische und soziale zu thematisieren, und dies in und mit der Öffentlichkeit zu tun. Bei solchen partizipativen Verfahren handelt es sich in der Regel nicht um einmalige, zeitlich und räumlich klar eingegrenzte Veranstaltungen, als vielmehr um ein *Kontinuum von Anlässen* mit verschiedenartigen Strukturen und von Prozessen mit dem Ziel, soziotechnologische Themen zu diskutieren und abzuschätzen. Damit entwickelt sich die Technikfolgenabschätzung unter Einbeziehung der Öffentlichkeit von einem Expertengremium, das als ein wissenschaftliches Werkzeug der Politikanalyse dient (”Office of Technology Assessment”/OTA), zu einer Institution, welche die Beteiligung der Öffentlichkeit (bzw. Teilen von ihr) an der Gestaltung wissenschaftlicher Fragen mit sozialer Relevanz ermöglicht.¹¹ Solche Veranstaltungen werden meist nicht von nationalen TA-Organisationen initiiert, sondern von öffentlichen Museen (GB, Deutschland), unabhängigen Think Tanks (USA) oder NGOs (Süd Korea). Diese institutionellen Verschiebungen sind Ausdruck der Entwicklung der (klassischen) TA-Organisationen von Gremien wissenschaftlicher Experten hin zur *Public Sphere*. Der Anreiz für öffentliche Institutionen, TA der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, besteht im Prozess gegenseitiger Beratung zwischen Wissenschaftlern, Interessengruppen und Bürgern in einem öffentlichen Raum zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Es geht um die Herstellung ‚sozialer oder sozial nachhaltige Rationalität‘, die technische und ökonomische Erwägungen zu Technikfolgen um pragmatische, normative und ethische Perspektiven ergänzt (vgl. Hennen 1999, auch Durant 1999). Die Bürgerkonferenz “Streitfall Gendiagnostik”, ausgerichtet vom Hygienemuseum Dresden, ist ein Beispiel für die Nutzung dieses Typs diskursiver Erörterung (s. 4.3): N.B.: Auch hier geht es um die Abschätzung von Folgen; nun aber unter Einbezug der Öffentlichkeit und der kontrollierten und (auch seitens der Beteiligten) der kritischen Evaluation unterstellten Diskursverfahren.

¹¹ Vorreiterrolle spielen das ”Danish Board of Technology” und NOTA (heute ”Rathenau Institut” in Holland). Entwicklungen ähnlicher Institutionen in dieselbe Richtung finden statt in Deutschland (”Akademie für Technikfolgenabschätzung” in Baden-Württemberg), in der Schweiz (”Swiss Science and Technology Council”) sowie in Österreich, Australien, Kanada, Frankreich, Japan, Norwegen, Neu Seeland und Süd Korea.

Der letzte Aspekt gibt Anlass, den zunehmenden Einsatz von Diskursen in wissenschaftlich und normativ konfliktreichen Fragen auch unter einem anderen Aspekt und mit anderen diskursanalytischen Ansätzen zu untersuchen. Denn nicht nur die Sozialwissenschaften, sondern auch die Gesellschaft selbst ist sich der Spezifik dieses Verfahrens bewusst: Neuerdings reflektieren Politik und Gesellschaft auch aktiv auf diese Form, setzen sie ein und argumentieren für oder wider sie. In allen einschlägigen Foren (Medien, Bürgerkonferenz, Nationaler Ethikrat, Symposien, Internet) finden sich mithin nicht nur engagierte Debatten zur Sache, sondern auch mehr oder weniger explizite, mehr oder weniger ausführliche Anmerkungen zum Verfahren. Dies äussert sich nicht nur in den immer wieder zu lesenden Beschwörungen der Notwendigkeit eines breiten, öffentlichen Diskurses, sondern auch in gezielten Problematisierungen wie: Kann man ethische Fragen einem Nationalen Ethikrat ganz oder teilweise überlassen? Soll man weitere Gremien einsetzen? Wie verhalten sie sich zueinander, wie verhalten sie sich zu den wissenschaftlichen, politischen und den öffentlichen Debatten? Es entsteht mithin *in der Gesellschaft* ein Diskurs über den Diskurs.

Aus dieser Perspektive beobachtet man die in Rede stehenden Diskurse nicht als Verfahren begründender Kommunikation mit dem Ziel der Verständigung. Stattdessen beobachtet man sie hier als eine Diskussion über die Form, die die wissenschaftliche Kontroverse, die ethische Auseinandersetzung oder die politische Debatte annehmen soll (also darüber: wer wann mit wem wie, warum und wo kommunizieren kann oder soll). Über die Diskussion dieser Fragen wird hier jedoch zugleich auch geklärt, was eigentlich 'das Thema' ist und was 'entscheidungsfähige Optionen' sind.

3. EINE PRAXEOLOGISCHE PERSPEKTIVE AUF (SUB-)POLITISCHE FORMEN DER DELIBERATION

Diese, eher praxeologische, Perspektive auf solche kommunikativen Verfahren stützt sich zum einen auf einen Formationsbegriff des Diskurses (Foucault 1973, 1991). Was sind etwa die Gegenstände, die Begriffe, die Äusserungsmodalitäten und die Strategien, die den Diskurs über bio-ethische Fragen kennzeichnen? Zum anderen stützt sich diese Perspektive auf die Arbeiten Luhmanns zur Praxis inter-, gar transdisziplinärer Verständigungen: Die systemtheoretische Konzeption insistiert auf ein Spezifikum dieser Diskurse, nämlich der Differenz der in solchen Diskursen beteiligten Perspektiven. Sie intervenieren zwar nicht direkt aufeinander, können sich aber dennoch spezifisch anregen und über die Differenzen hinweg zu handlungsleitenden Ergebnissen führen (Luhmann 1992) – und sei es nur zur Feststellung eines ‚konsensuellen Dissenses‘ (Kleimann 1997). Verhandlungssysteme oder partizipatorische Diskurse sind institutionelle und kommunikative Arrangements, in denen solche Anregungsverhältnisse forciert, ja, zum Gegenstand gemacht werden. In Verhandlungssystemen kann man die Koordinationsleistungen von Diskursen beobachten (Krohn 1997). Koordiniert wird vor allem über Themen, an denen sich Wert- oder Zielkonflikte kondensieren, sowie über Prozeduren der Kommunikation, eben: Diskurs. Die Einführung einer praxeologischen, formationsanalytischen Perspektive auf transdisziplinäre Diskurse versteht sich indessen nicht konkurrenzierend, sondern komplementär zu einer diskursethischen, reflexionsanalytischen Perspektive:

- Aus Sicht einer Formationsanalyse handelt es sich bei reflexiven, verständigungsorientierten Diskursen um einen bestimmten Kommunikationstypus unter Beteiligung heterogener Akteursgruppen, die zum Beispiel einer prozessorientierten Konfliktanalyse unterzogen werden können (vg. Schwab-Trapp 2001): Wie konstituieren sich im reflexiven Diskurs die Gegenstände? Mit welchen Begriffen, Äusserungsmodalitäten und Strategien vollziehen sich reflexive Diskurse dieser Art?
- Aus Sicht einer diskursethisch orientierten ‚Reflexionsanalyse‘ handelt es sich bei den archäologischen Formationssystemen (Gegenständen, Begriffen, Äusserungsmodalitäten und Strategien) zum einen um diskursive Elemente, die im Rahmen eines reflexiven Kommunikationstypus eingesetzt werden können (z.B. als bestimmte Strategien, die Kompromissbildungen ermöglichen oder aber verunmöglichen). Zum anderen handelt es sich um Elemente, die selbst Gegenstand eines solchen reflexiven Diskurses werden können und sogar müssen, wenn der Fortgang der Kommunikation dadurch gesichert werden kann. Sie werden dann Gegenstand eines Meta-Diskurses (“warum haben Sie das so gesagt?”).

Diese noch tentative Zusammenführung reflexions- und formationsanalytischer Analytiken versteht sich als Versuch, weitergehende Versuche zur problem- und materialbezogenen Kombination verschiedener Diskursansätze zu initiieren (einige Vorschläge finden sich in Keller et al. 2001). Entscheidend ist jedoch, dass die gewählte Strategie in der Lage sein sollte, den *gesellschaftlichen Diskurs über bio- und gen-ethische Diskurse* analytisch zu durchdringen, mithin eine praxeologische Perspektive einzunehmen, denn nur aus dieser Perspektive erschliesst sich die wissens- und handlungsorganisierende Kraft der Institutionalisierung von Diskursen. Dies ist von entscheidender Bedeutung für das Feld (sub-)politischer Deliberation und für den Versuch einer Antwort auf Fragen nach deren (para-)demokratischer Legitimierung oder nach der Geltung ihrer (wie immer vorläufigen) Ergebnisse.

4. FOREN UND FORMEN DES ÖFFENTLICHEN DISKURSES: SKIZZEN & FORSCHUNGSFRAGEN

An fünf Beispielen öffentlicher Diskursivierung bio- und gen-ethischer Fragen soll skizzenhaft plausibilisiert werden, wie sie das (sub-)politische Rasonnement wissenschaftlich kontroverser und wertsensitiver Fragen organisieren. Den Anfang machen die schwächer institutionalisierten Foren; die letzte Skizze befasst sich mit den Printmedien, da sie als einziges Forum in einer Doppelrolle auftreten: als Arenen und Akteure einschlägiger Diskurse. An jede einzelne Skizze schliessen sich einige Forschungsfragen an, die sich direkt auf das spezielle Forum beziehen. Im Anschluss an das letzte Kapitel der Expertise werden einige weitere, übergreifende Fragen für die ‚Diskursivierungs-Dimension‘ des Forschungsfeldes “(wissenschaftliches) Wissen – Werte – Willensbildung” aufgeführt.

4.1 FORUM INTERNET: CHATS UND NEWS GROUPS

Seit einiger Zeit wird auch das Internet für die (sub-)politische Kommunikation genutzt (vgl. etwa Bimber 1996, Hagen 1996, Mambrey 1996): Seit seiner nahezu globalen Etablierung verknüpfen sich damit zu gleichen Teilen Befürchtungen und Hoffnungen (so befürchtet man entweder ein anarchistisches Datenmeer oder hofft auf die regulierte Datenautobahn). Was speziell die politische Kommunikation betrifft, so ist der Mythos der basisdemokratischen Agora ein immer wiederkehrender Topos (vg. Debatin 2002, 7). Es gab und gibt immer wieder Versuche, diese Hoffnung durch konkrete Prozeduren einzulösen. Studien zum Einsatz des Internets für Technikfolgenabschätzungen äussern sich differenziert und verhalten-optimistisch (vgl. die Beiträge in Wienhöfer, Beckmann 1998). Technische Probleme gelten als entweder gelöst oder lösbar; es “ergeben sich aber auf der methodischen Ebene noch zu lösende Aufgabenstellungen, etwa die der Moderation. Wie kann man Themen und Inhalte so interessant gestalten, dass die Teilnehmer motiviert sind, sich auf einen Diskurs einzulassen und ihn auch bis zum Abschluss zu führen?” (Wienhöfer, Beckmann 1998, 82).

Auch für die vorliegende Thematik gibt es erste virtuelle Varianten der Technikfolgenabschätzung (vg. Finney 1999). Finney spricht sich in seiner Studie dafür aus, diesen Modus zur Konsultation der Öffentlichkeit zu nutzen, jedoch in den Beratungsprozess von Expertengremien zu integrieren, um damit die Wirkung öffentlicher Deliberation zu erhöhen.

Ein weit weniger anspruchsvoller, immer wichtiger werdender Modus der Internet-Nutzung ist das Aufsuchen virtueller Kommunikationsräume in Form sog. *chats* und *news groups*. Sie bieten die Möglichkeit, gezielt zum Thema Stammzellen zu kommunizieren.

Chats

In den *chats* stellen sich für eine begrenzte Zeit Experten (Politiker, Wissenschaftler) zur Verfügung und reagieren auf Fragen, die ihnen zu der angekündigten Thematik gestellt werden. Solche *chats* werden auf den entsprechenden Portalen v.a. von Parteien, Zeitungen/Zeitschriften angeboten. Die Auswahl und Reihung der Frage obliegt der Intervention durch einen Moderator: Uneinschlägige oder Wiederholungs-Fragen werden aussortiert; Diskussionen zwischen dem Experten und einem bestimmten Fragenden sind in der Regel ausgeschlossen. Der Fokus liegt eher darauf, möglichst vielen Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, eine Antwort auf ihre Frage zu bekommen. Sofern von diesen *chats* eine Mitschrift existiert, macht sich dies in einem spezifischen Duktus der Kommunikation geltend: Es handelt sich in der Regel um ein ‚Frage-Antwort‘ – Muster; gelegentlich schliessen verschiedene Fragen sich zu einem Themenkomplex zusammen; ein ‚Diskurs‘ im eigentlichen Sinne ergibt sich jedoch nicht. Damit wird, obwohl auch andere, diskursfreundlichere Arrangements technisch denkbar wären (z.B. durch die Auswahl nur weniger Teilnehmer pro *chat*, die dann die Gelegenheit hätten, aufeinander zu reagieren), wird in den vorliegenden *chats* eher die Kommunikationsform ‚Info-Börse‘ gewählt.

Zum Thema ‚stammzellen-chat‘ ergab eine Suchanfrage an Google am 9.4.02 nur einige wenige relevante Resultate. Es liessen (und lassen) sich immer nur vergangene *chats* finden, von denen eine Mitschrift existiert und

deshalb indiziert werden konnten. Die tatsächliche Zahl der *chats* liegt darum wohl deutlich höher.¹² Folgende wurden ausgewählt:

- DFG-Chat (Ernst Ludwig Winnacker)
- T-Online-Chat (Otmar Wiestler)
- Stern-Chat (Spiros Simitis)
- Klartext-Chat (Franz Müntefering)
- CDU/CSU-Chat (Prof. Dr. Maria Böhmer)

Die Fragen haben im wesentlichen vier Stossrichtungen :

- Erstens geht es um Aufklärung über Stammzellen (z.B. embryonale versus adulte) und den Stand der Forschung (“Kann man Stammzellen nicht auch auf andere Art gewinnen als aus Embryos?” T-Online-Chat, oder “Kennen Sie sich eigentlich richtig aus mit diesem ganzen Fachchinesisch? Ich verstehe so gut wie gar nix?” – Böhmer (2001): “Das kann ich gut nachvollziehen. Auch ich habe eine gewisse Zeit gebraucht, bis ich mich in diesen Fachbegriffen zurecht gefunden habe”).
- Zweitens geht es um eine Klärung dessen, wer sich an der Diskussion über das Thema Stammzellen überhaupt beteiligen darf, aber speziell um die Klärung der Aufgaben und Zuständigkeiten der verschiedenen Kommissionen (z.B. Enquête-Kommission des Bundestages versus Nationaler Ethikrat) und ihre Bedeutung für die politische Entscheidungsfindung (Winnacker (2001): “Da müssen Sie die Mitglieder des Bundestags fragen!”, Simitis (2001): “Das hängt von unseren Argumenten ab und von der Glaubwürdigkeit, mit der wir sie vertreten. Mehr können wir nicht machen”).
- Drittens geht es um Einschätzungen dazu, welche Argumente (z.B. rechtliche, ökonomische, beschäftigungspolitische) und Anschauungen (z.B. christliche) welches Gewicht haben dürfen oder sollten (z.B. “Wie weit tangiert das Gewinnen von Stammzellen die christliche Gesellschaft in ihrer Religion?” Dazu Wiestler (o.D.): “Ich glaube, auch die christliche Gesellschaft muss verschiedene ethische Prinzipien gegeneinander abwägen”). Damit einhergehend wird die Frage nach der Zusammensetzung der Kommissionen gestellt. Frage an Simitis (2001): “Finden Sie die Besetzung des Ethikrates richtig? Meiner Meinung nach fehlen da die Geisteswissenschaftler!”)
- Viertens geht es um Kontrollmöglichkeiten und Missbrauchsgefahr (z.B. “Ist es nicht schon ‘Gang und Gäbe’, dass deutsche Forscher Stammzellen importieren?” “Ist es nicht notwendig, internationale Kontrollinstitutionen einzurichten, um den Missbrauch wirksam zu verhindern?” vgl. Wiestler o.D.)

Chats erlauben einen einfachen Zugang zu einer Kommunikation mit Experten und verbreitern damit die Basis eines vornehmlich auf ‚Informierung‘ bedachten Kommunikationstypus. Die Bereitschaft, dieses Forum zu nutzen, ist vermutlich grösser als es bei telefonischer oder gar face-to-face Kommunikation der Fall wäre: Dies wird auch daran deutlich, dass die Fragen oft schriftsprachlich formuliert und offensichtlich vorbereitet sind. Nicht immer aber

¹² Ein Projekt, das sich mit dem Diskurs zum Themenfeld Biomedizin/Biotechnologie’ im Forum Internet befassen würde, könnte die Daten laufender *chats* gewissermassen ‚online‘ erheben und wäre deshalb nicht allein auf diejenigen angewiesen, von denen es noch für eine gewisse Dauer Mitschriften auf dem Netz gibt.

verbleibt es bei Informationsfragen: Wenn Politiker oder Wissenschaftler nach Überzeugungen oder Einschätzungen gefragt werden, müssen sie aufgrund der spezifischen Bedingungen dieses Mediums schnell und kompakt antworten. Statt ausgereifter Presse-Erklärungen gibt es knappe Antworten, die in der Regel nicht redigiert werden: Diese Äusserungsmodalität kommt einem schnellen Überblick auch über Meinungen und Werte entgegen; den Diskurs mit den Fragenden fördern sie nicht, allenfalls die Diskursfähigkeit der Fragenden in weiteren Kontexten. Es wird ausserdem an den z.T. detaillierten Fragen deutlich, dass für die meisten Fragenden das Internet nicht das einzige Forum der Kommunikation über dieses Thema ist.

News Groups

Die Suchanfrage an Google unter der Rubrik ‚Groups‘ mit der Zeichenkette ‚stammzellen‘ ergab am 9.4.2002 846 Beiträge. Berücksichtigt wurden bisher 48, wobei nicht die gesamte Diskussion (Thread), innerhalb dessen ein einzelner Beitrag erschien, aufgenommen wurde.¹³

Diese *news groups* finden sich zu den verschiedensten Bereichen: Zu den nahe liegenden gehören medizinische (z.B., ‚de.sci.medizin.diabetes‘, ‚z-netz.gesundheit.allgemein‘, oder ‚de.alt.naturheilkunde‘); biologische (z.B. ‚z-netz.wissenschaft.biologie‘ oder ‚de.sci.biologie‘); theologische (z.B. ‚de.sci.theologie‘), aber es finden sich auch *news groups* im Bereich Familie (z.B. ‚de.soc.familie.kinder‘) sowie der Börse (z.B. ‚de.etc.finanz.boerde.misc‘). *News groups* sortieren durch ihre Bezeichnung mehr oder weniger stark vor, zu welchen Themen in ihnen kommuniziert werden kann. Da sie in der Regel aber nicht moderiert werden, ist die Bandbreite der Themen oft erheblich und eine anhaltende Fokussierung eher selten. Diskurse, d.h. aufeinander bezogenes Kommunizieren oder Argumentieren, nimmt in der Regel nur wenige *turn takings* ein. Ein weiteres Charakteristikum, das *news groups* von *chats* unterscheidet, liegt darin, dass es sich hier nicht um arrangierte, zeitlich festgelegte Gesprächsmöglichkeiten mit Experten handelt. Statt dessen richten sich die Beiträge stets an alle, die sich ebenfalls in einer *news group* aufhalten: Es handelt sich im Prinzip um Kommunikationen unter Laien und Gleichen - das schliesst allerdings nicht aus, dass sich gelegentlich ein Experte für einzelne Fragen findet. Nicht immer wird deutlich, ob es sich um selbsternannte Experten oder aber um professionelle Sprecher handelt.

Die Bandbreite der hier erörterten Fragen weicht von denen der *chats* signifikant ab: Es geht zwar auch um Information (hier auf der Basis wechselseitiger Aufklärung), doch v.a. um ethische Bedenken, die auf verschiedene Weise artikuliert werden. Was die Informationen betrifft, so richten sie sich zum einen an in spezifischen *news groups* vermutete Experten („Bis zu welchem Zeitpunkt ... ist die Entnahme von Stammzellen sinnvoll?“ Gefragt in ‚de.sci.biologie‘); zum anderen beziehen sie sich auf andere Informationsquellen (Fernsehen, Bekannte): In diesem Fall will man wissen, ob es weitere Hinweise oder Absicherungen dieser Informationsquellen gibt („Wir stehen kurz vor der Geburt unseres zweiten Kindes und haben kürzlich erst von der Möglichkeit erfahren, Blut aus Nabelschnur einfrieren zu lassen ... In Deutschland wird dieser Service ... von VITA34 angeboten. Das Deutsche Grüne Kreuz befürwortet eine Einlagerung in einer Broschüre ... folgende Frage: Hat jemand selbst Erfahrung oder Information zum Thema?“ Bohlmann, de.sci.medizin.misc, 16.12.2001; analog dazu: Zimmermann, z-

¹³ Ausserdem blieben auch solche Diskussionsbeiträge unberücksichtigt, die zwar im Betrifft-Feld das Wort Stammzellen aufweisen, in der eigentlichen Meldung jedoch nicht.

netz.gesundheit.allgemein). Die Thematisierung ethischer Bedenken nehmen allerdings einen deutlich grösseren Raum ein:

- Ethische Bedenken richten sich zunächst erwartungsgemäß auf die noch unbekanntem Praktiken sowohl im Hinblick auf die medizinische Wirksamkeit als auch auf die Vertrauenswürdigkeit der einschlägigen Unternehmen (im o.g. Falle antwortet J.-H. Wurmbach, dass er erstens dieser Methode nicht traue und zweitens: “Was passiert bei Pleite, Verkauf der Firma an andere, Einstellung des Geschäftsbetriebes. Dein Geld ist weg und Du bekommst im Höchstfall ein Röhrchen Blut auf die Hand”, de.sci.medizin.misc, 16.12.2000).
- Ethische Bedenken richten sich aber auch gegen die Kommissionen, die u.a. dazu bestellt sind, diese zu artikulieren (“In Deutschland gibt es einen *sogenannten* Nationalen Ethikrat, der in diesen Tagen seine Zustimmung zur planmässigen Tötung von menschlichem Leben, ohne eine Strafverfolgung fürchten zu müssen, gegeben hat”, de.sci.theologie, Hervorh. von mir, SM) sowie gegen die Politiker, die diese Kommission beraten soll (“Wie zu erwarten ist, befürworten viele Politiker diese sozialdarwinistischen Machenschaften”, de.sci.theologie).
- In einer *news group* zum Bereich Diabetes kommt es allerdings auch zu einer eingehenden Auseinandersetzung mit der eigenen Moral (Ralf: “Wenn morgen Diabetes mit Embryonalen Stammzellen wirklich heilbar wäre ... WO glaubst Du bliebe da die Moral”; auch Richard bekennt sich in dieser Frage als “zwiespältig”; vgl. de.sci.medizin.diabetes. Eine analoge Debatte findet sich im de.alt.naturheilkunde: Hier wird nicht nur die eigene Betroffenheit und die Hoffnung auf Heilung in die Waagschale geworfen, sondern es werden weitere Fälle im Gedankenexperiment diskutiert, z.B.: ”Stell Dir vor, Du sitzt aufgrund einer Verletzung des Rückenmarks im Rollstuhl und es gäbe die Möglichkeit, Dir durch embryonale Stammzellen wieder zum Laufen zu verhelfen.” – Die Schlussfolgerung aus dieser Debatte fällt pointiert ambivalent aus: “Ja, die Forschung daran will man nicht, Ergebnisse hätte man aber schon gerne”, Schulz 2001).
- Last but not least richten sich ethische Bedenken gegen eine emotionalisierte, reisserische Weise, den Diskurs über ES in den Medien zu begleiten (“ ... fehlte eigentlich nur noch das leise Wimmern der ungeborenen Babys ...”, Dauer 2001).

Ein steter Topos ist die Bitte oder das Angebot, man möge sich doch an der laufenden Debatte der *news group* beteiligen – daraus ist allerdings zu schliessen, dass dies in der Regel nicht der Fall ist und sich zumeist eher kurzläufige Interaktionen entspinnen.

FORSCHUNGSFRAGEN

Das Forum Internet stellt im Rahmen seiner medienspezifischen Bedingungen ein wichtiges Feld für verschiedene Analysen zum Themenfeld ‚Wissen-Werte-Willensbildung‘ dar:

- i) *chats*: ‚Laien fragen-Experten antworten‘: Wie wird Vertrauen in Internet-*chats* hergestellt?
- ii) *chats* und *news groups*: Der Bezug auf Wissenschaft, Politik und Ethik in virtuellen, wenig formalisierten Diskursen. Gibt es Anzeichen für subpolitische Identitätsbildung, Expertenkritik, stärkerer Moralisierung als in anderen Foren?
- iii) *news groups*: Untersuchungen zum praktischen Rasonnement über Fragen angewandter Ethik in Bereichen kontroverser Forschung und unklarer medizinischer Perspektiven. Die Bedeutung des Anwendungsbezugs und der Informierung durch Peers.

4.2 FORUM: ÖFFENTLICHE TAGUNGEN & SYMPOSIEN

Dass politische Entscheidungen unter Bedingungen von Unsicherheit und Wertedifferenz (zumindest vor der Entscheidung, wenn nicht ‚erst recht‘ danach) des breiten Diskurses bedürfen, bezeugt schon die erstaunlich grosse Zahl von öffentlichen Veranstaltungen zum Themenfeld “Biotetechnologie/Stammzellen”: Eine weder erschöpfende noch repräsentative Auswahl (s. Anhang 1) präsentiert bereits eine Vielzahl von Veranstaltern (Universitäten, Parteien, Kirchen, Ministerien, Theater, Stiftungen ...) und eine enorme Breite der angesprochenen Themen (Menschenwürde, Genetifizierung der Medizin, Expertengespräche zu PID, Patientenrechte, die Zukunft der Stammzellenforschung). Diese Veranstaltungen haben über anderthalb Jahre hinweg zwar unkoordiniert, aber kontinuierlich und flächendeckend stattgefunden. Wenn sie auch in der Regel nur mit lokaler Aufmerksamkeit rechnen können und sich zudem gelegentlich an spezifische Adressatenkreise richten (z.B. Parteiangehörige, Studierende, Führungskräfte), so bilden sie doch ein wichtiges Element des ‚öffentlichen Diskurses‘.

Auf zwei Beispiele soll etwas ausführlicher eingegangen werden: zunächst auf den Ethik-Tag des “Zentrums für Ethik und Recht in der Medizin” (ZERM), abgehalten am 20.2.02 an der Universität Freiburg. Thema: “Forschung an Stammzellen”.¹⁴ Fünf Sprecher vertreten die Bereiche Forschung, Ethik, Recht, Wissenschaftstheorie und Politik – zu der unterdessen kanonischen Gruppe der zu beteiligenden (Reflexions-)Wissenschaften würden allerdings noch weitere Disziplinen (z.B. die Ökonomie) gehören. Behindertensprecher, Frauen oder Verbände waren ebenfalls nicht geladen.

Der Sprecher des ZERM, Hansjörg Jüst, hält in seiner Begrüssungsansprache ein Plädoyer für den Diskurs:

- Aufgrund des Bundestagsbeschlusses vom 30.1.2002 müsse nun die embryonale Stammzellthematik *erst recht* diskutiert werden, damit die *Gestaltung* der nun demokratisch beschlossenen Option optimal gelinge.
- Ein Anlass wie dieses Forum solle dazu beitragen, *begriffliche Klarheit* zu schaffen.
- Foren wie dieses seien Ausdruck der grossen und notwendigen *Diskursbereitschaft* der Öffentlichkeit.

Anschliessend folgt die Veranstaltung dem akademischen Duktus (je 20 min pro Vortrag plus 10 min Diskussion); das, was als ‚fruchtbarer Dialog der Naturwissenschaften und der Medizin mit den Geistes- und

¹⁴ Ein Videomitschnitt dieser Veranstaltung soll in Kürze vorliegen. Die genannten Beobachtungen beruhen auf der Teilnahme und einem Protokoll dieser Veranstaltung.

Rechtswissenschaften' angekündigt wurde, konnte sich, zumindest was die Beteiligung des Publikum betrifft, in nur insgesamt 50 Minuten artikulieren. Dies geschah durchaus lebhaft, aber in der Sache zurückhaltend: Die eingeforderte ‚vorbehaltlose Offenheit‘ der Diskussion blieb aus.

Dies ist nicht zuletzt der *Form* der Veranstaltung geschuldet: Nicht nur war sie akademisch in der Inszenierung; dies zog auch ein entsprechendes Publikumsverhalten nach sich. Darüber hinaus vertraten alle Beitragenden erstens einen überaus einmütigen Standpunkt ‚pro‘ Stammzellenforschung und zweitens waren sie auch weniger argumentativ, als dass sie mit Überzeugungen an den *common sense* appellierten: “Wenn das medizinische Verfahren klappt, ist der Patient unendlich glücklich” oder “die Wissenschaft verdient Vertrauen” oder “die friedensstiftende Wirkung der demokratischen Rechtsordnung” werden eher beschworen als auf diesen Fall bezogen diskutiert. All dies lud nicht zu der angestrebten Kontroverse ein.

Im Hinblick auf die generelle Diskursivierung von Biomedizin/Biotechnologie kommt diesem Typus eine eher informierende, die sich angesprochene Öffentlichkeit aber nur mässig engagierende Funktion zu. Es ist kein Beispiel für ‚Wissenschaft im Dialog‘. Die sensibilisierende Wirkung erreicht dieser Typus von Veranstaltung ohnehin weniger auf der Ebene der Einzelveranstaltung, als auf der Ebene der grossen Zahl der über einen kürzeren Zeitraum abgehaltenen Tagungen und Symposien.

Ein zweites Beispiel ist die Tagung “Stammzellen und therapeutisches Klonen – Biomedizin ohne Grenzen?”, veranstaltet in Düsseldorf (Mai 2001) vom Wissenschaftszentrum NRW. Drei Charakteristika unterscheiden diese Veranstaltung von der vorgenannten.

- Grössere Breite und kontroverse Mischung der Beiträge und Perspektiven: Pro- und Contra- Positionen, ökonomische Aspekte (ein oft tabuisiertes Thema); sowie eine angewandt-ethische Reflexion auf das Dilemma der ES: “Um ... zu sehen, was die Versprechen der ES-Forschung wirklich wert sind, muss man eben die Forschung zulassen, deren Zulässigkeit erst abgewogen werden soll” (Kettner 2001, 27). Dieses Dilemma ist eine der konstitutiven Paradoxien des Diskurses und geht über eine blosser Beschwörung der Notwendigkeit von Diskurs deutlich hinaus.
- Zu dieser Veranstaltung waren nicht nur 300 Zuhörer gekommen, sondern auch 50 Journalisten geladen: Mit dieser Massnahme wird dafür Sorge getragen, dass es zur Multiplikation der immer ‚flüchtigen‘ Kommunikationsform ‚Tagung‘ kommt. Auf diese Veranstaltung wurde in der Presse verschiedentlich Bezug genommen; dies sichert eine gewisse Verstetigung und Vernetzung dieses Ereignisses mit anderen Diskursen und deren Publika.
- Zum anderen hat das Wissenschaftszentrum die Beiträge der Sprecher kurz nach der Veranstaltung in seiner Reihe “das Magazin” veröffentlicht und auch auf diese Weise zu einer längerfristigen Verfügbarkeit und Anschlussmöglichkeit der Argumente und Kontroversen gesorgt.

FORSCHUNGSFRAGEN

- i) Die öffentlichkeitsorientierte Austragung von politischen und ethischen Konflikten im akademischen Kontext: ein Widerspruch in sich selbst? Was sind die forenspezifischen Bedingungen für die Einlösung

„vorbehaltloser Offenheit“ in bio- und gen-ethischen Fragen? Forciert der akademische Rahmen eine Nivellierung des Streitwerts von ES, PID, etc., obwohl er andererseits immer wieder und emphatisch die Brisanz des Themas betont?

- ii) Wie machen sich Politisierungen und Ethisierungen von Wissen geltend: Sind sie in die Vorreden verwiesen oder werden sie in solchen transdisziplinären Settings durchlaufend (und wenn ja, wie?) thematisiert? Beispielsweise durch Verweis auf Anwendungsfälle, die Kostspieligkeit dieser Forschungen, durch normative Äusserungsformen, strategischen Einsatz von „(Patienten-)Schicksalen“, etc.?

4.3. NATIONALER ETHIKRAT

Aufgabe des vom Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzten Nationalen Ethikrates ist es, aus der Sicht eines Expertengremiums die verschiedenen gesellschaftlichen Positionen zu reflektieren und Diskussionsimpulse zu geben. Bürgerinnen und Bürger sollen in den Dialog einbezogen werden, um die Gentechnikdebatte auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Insbesondere soll der Nationale Ethikrat die Diskussion von weiteren Expertenkreisen und gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen.

Diesem Gremium kommt damit in besonders deutlicher Weise das Format eines Forums zu. Seine Aufgabe besteht darin, die an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Institutionen überwiegend unkoordiniert verlaufende Vielzahl von Einzeldebatten zu sondieren und zu bündeln. Dazu bringt der NER Teilnehmerinnen zusammen, die als Experten und Funktionsträger die Pluralität der Perspektiven repräsentieren und für die Erstellung eines balancierten Meinungsbildes einstehen sollen.

Die Einsetzung des Ethikrats ist selbst kritisch diskutiert worden, v.a. in den Medien. Insbesondere wurden seine institutionelle Ansiedlung, sein Zusammen- oder Gegeneinanderwirken mit der Enquête-Kommission und dem Parlament, seine personelle Zusammensetzung, sein ‚Produkt‘ (Empfehlungen, Abstimmungen) sowie die Un-/Möglichkeit einer konsensorientierten oder zumindest richtungsweisenden Entscheidungsvorbereitung problematisiert. Während die Notwendigkeit eines breiten, sondierenden und möglichst umfassend engagierenden Diskurses selten bestritten wird (gelegentlich wird allerdings die Diskursivierung ethischer Fragen selbst bereits als Tabuverletzung betrachtet), werden die meisten Kritikpunkte entlang eines grundsätzlichen Dilemmas diskutiert: Ist der Rat „ausgewogen besetzt, wird keine einheitliche und kompakte Meinung dabei herauskommen, die sich zügig umsetzen lässt“ (Leicht, Die Zeit, 2001/18). Das diskursethische Prinzip der möglichst vollständigen Repräsentanz aller Perspektiven und Überzeugungen konfligiert mit dem Prinzip der politischen Instrumentalisierung. Diskurse sind zwar entscheidungsvorbereitend, oft genug aber auch zugleich entscheidungshemmend (vgl. auch Bürgerkonferenz). Sind entsprechende Gremien indessen einseitig besetzt (oder wird ihnen dies auch nur unterstellt), so fürchtet man einseitige Entscheidungen und beklagt unausgewogenes Raisonement (vgl. Diskussion zum NER als ‚Kanzler-Rat‘).

Die pessimistischen Lesarten sehen darin die Grundlage für beliebige Instrumentalisierungen des Ethikrates; die optimistische Lesart setzt auf Prozeduralisierung auf der Grundlage von Diskursivierung: „Es geht um die Fähigkeit, fundamentale Gegensätze auszutragen und auszuhalten. Dazu gehört nicht nur die Überzeugungskraft der eigenen Argumente, sondern auch das Vertrauen auf das Gewissen der Gegner“ (Leicht, Die Zeit, 2001/23). Im Folgenden werden exemplarisch einige der in den Printmedien zu lesenden Problematisierungen exemplarisch genannt. Von expliziten Kommentierungen wurde hier¹⁵ abgesehen:

Modus der Diskussion im NER:

¹⁵ so auch bei den folgenden Skizzen

- Informativ, öffentliche Debatten stimulierend (z.B. "...der Ethikrat soll ja nicht nur über den Stand der Wissenschaft informieren. Er soll ja auch eine intensive Auseinandersetzung sowohl mit der Bundesregierung als auch in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit über die ethischen Abgrenzungsfragen führen", Schröder, Der Spiegel, 3.5.2001)
- Ernsthaft, offen, vorurteilsfrei, revisionsoffen, geordnet, nicht-emotional (z.B. "In D. gibt es eine ‚intensive öffentliche Debatte‘, sie figuriert allerdings als "eine ungeordnete, unstrukturierte Diskussion", nicht immer wirklich ernsthaft, offen, nicht-emotional." - "Hier sollten wir eine meiner Meinung nach vorurteilsfreie Diskussion unter Einbeziehung der Erfahrungen in anderen europäischen Ländern führen, ob die Gründe, die uns vor zehn Jahren zum Verbot geführt haben, heute noch tragen", Catenhusen, Die Zeit 2001/14).
- "Ich wünsche mir eine ausführliche Erörterung im Ethikrat und in der Gesellschaft. Wenn es danach einen sehr breiten Konsens gibt, bin ich dafür, die Forschung an den überzähligen Embryonen zuzulassen. Wenn man hier mit importierten Stammzellen arbeitet, dann finde ich es schwer vertretbar, die Arbeit mit überzähligen befruchteten Eizellen zu verbieten. Das ist Doppelmoral." (Buhlmann, Der Spiegel, 2001/20).

Ort der institutionellen Ansiedlung:

- Catenhusen plädiert für einen Bundesethikrat, der vom Bundespräsidenten berufen wird. Als dauernde Einrichtung solle er "ständig die Möglichkeit haben, die Entwicklung in der modernen Biomedizin zu kommentieren und Grundlagen auch für die öffentliche Diskussion zu schaffen" (Catenhusen, Die Zeit 2001/14)
- NER sollte "nicht in der Verfügung der politischen Mehrheit oder des jeweiligen Bundeskanzlers sein", sondern beim Bundespräsidenten oder beim Parlament. Ansonsten gerate er zu einer ‚medialen Inszenierung‘ (Schäuble, Die Zeit 2001/21).

TeilnehmerInnen:

- Biowissenschaften; Reflexionswissenschaften (Ethik und Theologie); Vertreter gesellschaftlicher Gruppen (Kirchen, Gewerkschaften, Betroffenenvertreter (Catenhusen, Die Zeit 2001/14).
- "Ich würde mir zum Beispiel auch wünschen, dass man den Ethikrat, den wir berufen werden, konfrontiert mit philosophischen, mit rechtlichen, mit wissenschaftlichen, mit biologischen Erkenntnissen, die anderswo gesammelt sind" (Schröder, FAZ, 4.5.2001).
- Kollek: Die Kultur- und Geisteswissenschaften sollten das Thema verstärkt aufgreifen, denn auch diese Dimensionen gehören auf den Tisch"; ausserdem beklagt sie eine Unterrepräsentanz von Frauen und Behindertenverbänden" (Kollek, Die Zeit, 2001/21).

Modus der Entscheidung:

- "Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik stellte sich das Problem so zugespitzt: Wie kann und soll in einer freiheitlichen Demokratie über Fragen entschieden werden, in denen moralische Positionen

einander unüberbrückbar gegenüberstehen? ... Gibt es ein Fundament ohne Fundamentalismus?“ (Leicht, Die Zeit 2001/23)

- Woran orientieren sich ethische Normen und wer setzt sie? “Die setzen die Gesellschaft und ihre Kultur. So leben wir in einer christlich abendländisch geprägten Gesellschaft, in der sich Normen und Ethiken durch öffentliche Diskussionen herauskristallisieren. In der sich säkularisierenden Gesellschaft handeln wir die Normen im freien gesellschaftlichen Diskurs aus, der sich bei uns am Schutz der Menschenwürde zu orientieren hat. Daher ist auch eine Diskussion über die Änderungsmöglichkeiten an Gesetzen völlig legitim und demokratisch. Neue medizinische Techniken sind in der Vergangenheit häufig auf heftige Ablehnung gestossen, denken Sie etwa an die Herztransplantation oder an die Reagenzglasbefruchtung. Öffentliche Debatten haben dann im Parlament zum Transplantations- bzw. Embryonenschutzgesetz geführt. Das Volk und seine gewählten Abgeordneten bestimmen also die Normen in einer Demokratie und nicht einzelne Interessengruppen wie Forscher oder Ärzte. Deshalb gilt es nun abzuwägen, ob der medizinische Fortschritt durch die PID oder embryonale Stammzellen gross genug ist, um Änderungen bewährter Gesetze zu rechtfertigen (vgl. Catenhusen, Die Zeit 1999/2).
- “Der Ethikrat muss nicht in allen Fragen einer Meinung sein. Er soll Sachverstand in die Debatte hineinbringen und Empfehlungen aussprechen, aber nicht entscheiden“ (Buhlmann, Der Spiegel, 2001/20).

Produkt der Arbeit des NER:

- Stellungnahmen des Rats für politisches und gesetzgeberisches Handeln sollten “empfehlenden Charakter” haben; sie könnten und sollten Entscheidungen politisch verantwortlicher Gremien nicht ersetzen” (Geyer referiert Schröder, FAZ, 14.2.2001) .
- Das Ideal der ‚perfekten Volksgesundheit‘ befördert angesichts der biomedizinischen Möglichkeiten ”eine moralische Krise, der ein Ethikrat nichts entgegenzusetzen hätte ausser Abstimmungsergebnissen. Weder kann er das Gewissen der Bundestagsabgeordneten oder der forschenden Ärzte ersetzen, noch das Grundgesetz. Er ist zum Scheitern bestellt” (Naumann, Die Zeit 2001/23).
- “Wir werden niemandem die Verantwortung abnehmen ... Sowohl das Nein als auch das Ja werden konditioniert sein” (Simitis in Traufetter, Der Spiegel 2001/47).
- “ ... die landläufigen Diskussionen über Bio- und Technopolitik <muten>, ungeachtet ihrer scholastischen Qualitäten, merkwürdig naiv und hilflos an. An den überall ins Kraut schiessenden Gremien, Kommissionen und Expertenräten fällt auf, dass sie der Kraft des Faktischen, die täglich ihre eigenen Normen setzt, kaum etwas anderes als ihre jeweiligen Meinungen entgegenzusetzen haben” (Enzensberger in: Der Spiegel, 2001/23).

Dynamik des NER:

- Befragt zu ihrer Mitgliedschaft im NER: “Natürlich empfinde ich da vieles als redundant. Aber ich lerne; ich lerne viel. Ich finde schon interessant, wie verschieden man diese Sachen sehen kann. Ein Riesenproblem sehe ich allerdings darin, dass jeder seinen Standpunkt schon hat [gilt für Politiker, Juristen,

Ethiker]. Für die ist Irrtümer eingestehen offenbar fast so schlimm wie lügen” (Nüsslein-Vollhard, Der Spiegel, 2001/41).

FORSCHUNGSFRAGEN

Es liegt aus Sicht dieser Skizze und Zitatensammlung nahe, insbesondere die Einrichtung des und weitere kritische Reflexion auf den Nationalen Ethikrat(s) näher zu untersuchen. Es handelt sich in vielfacher Hinsicht um das Experiment eines weitgehend, aber nicht völlig formalisierten, unter Dauerbeobachtung stehenden Reflexionsgremiums, dem mit besonderer Emphase die Aufgabe des ‚Meta-Experten-Diskurses‘ angetragen wurde. Gerade die heftigen (Gegen-)Positionen in Bezug auf die Kompetenz des NER in ethischen Belangen bieten eine solide Materialgrundlage für die Untersuchung von Fragen folgender Art:

- i) Diskursivierung wissenschaftlich kontroverser und wertsensitiver Fragen verlangen Engagement und Kompromissbereitschaft; dies bedeutet nicht zuletzt: Lernfähigkeit. Können Reflexionsgremien lernen? Oder sind die VertreterInnen qua Mandat (als Funktionäre einer bestimmten Partei, Gruppe, etc.) dazu verurteilt, ihre Positionen durchzusetzen, um auch gegenüber ihrer constituency glaubwürdig zu bleiben? Ist die Voraussetzung des ‚organized scepticism‘ für solche Verfahren realistisch/zumutbar? Ist die (oder eine grössere) Öffentlichkeit qua Medialisierung ein funktionales Äquivalent für (strukturell bedingt) mangelhafte interne Irritationen? Bedeutet das nicht notwendigerweise auch ein Mehr an Vernetzung der verschiedenen (sub-)politischen Reflexionen?
- ii) Eine Analyse der Stellungnahmen sowie der vom NER dafür genutzten Formen und Foren im Hinblick auf die Formen der Adressierung und ggf. Involvierung der Öffentlichkeit.
- iii) Interviews mit Mitgliedern des NER: Wie stellen sie sich zu der aktuellen Form des Diskursverfahrens? Wie werden die internen Kommunikationsstrukturen gesehen; wie der Bezug zum ‚Heimatsdiskurs‘, und wie werden insbesondere die Beziehungen zur Politik und zu den Medien eingeschätzt und ‚gemanagt‘?
- iv) Werden die anderen Foren beobachtet, genutzt und ggf. involviert? Wenn ja, wie?

4.4. FORUM BÜRGERKONFERENZ: PARTIZIPATIVE TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

Das Deutsche Hygiene-Museum veranstaltete die erste bundesweite Bürgerkonferenz zur Problematik der Gendiagnostik und verwandter Themen. Im Verfahren orientierte man sich am Modell der vom dänischen Technologierat durchgeführten Konsensus-Konferenzen: Die Projektlaufzeit war vom Oktober des Jahres 2000 bis Dezember 2001 anberaumt; den Abschluss des öffentlichen Rahmens des Projekts markierte eine Konferenz, die vom 23.-26. November in Dresden stattfand. “Das Modellprojekt ‚Bürgerkonferenz: Streitfall Gendiagnostik‘ versteht sich als diskursive Form des Meinungsbildungsprozesses, bei dem Bürger und Wissenschaftler gemeinsam Argumente über die Technik, ihre Folgen, aber auch Ängste und Hoffnungen austauschen und diskutieren” (Projektbeschreibung “Bürgerkonferenz” 2001).

Dieses Verfahren repräsentiert damit ein Beispiel für das, was oben bereits kurz als Partizipative Technikfolgenabschätzung (PTA) erwähnt worden ist. Die Berücksichtigung der Öffentlichkeit erweitert die Methoden des TA sowohl strukturell und hinsichtlich der Funktionen. Die wichtigsten Eigenschaften sind (vgl. Joss 2002):

- *Public Access*: Es wird ein Verfahren bzw. ein Raum bereitgestellt, in dem der Diskurs als öffentlicher geführt werden kann.
- *Actor Involvement*: Teilnehmer qualifizieren sich nicht als Experten irgendeines Fachgebietes, sondern als soziale Akteure, die sich durch soziale Kenntnisse und Erfahrung auszeichnen. Sie sind es, welche die Abschätzung letztlich vornehmen.
- *Deliberation*: Dabei handelt es sich weniger um ein Mittel zum Zweck, also zur Gewinnung von Resultaten. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf dem *Prozess* der Beratung, wodurch die Akteure erst zu einer Abschätzung gelangen. Wichtig ist hier der Gebrauch einer gemeinsamen, für alle Akteure verständlichen Sprache.
- *Institutional Anchoring*: PTA kann nicht mehr auf staatlicher oder universitärer Ebene institutionalisiert sein, sondern muss von Organisationen getragen werden, die in der Öffentlichkeit stehen oder auf die Öffentlichkeit hin ausgerichtet sind.

Das Hygiene-Museum ist ein solcher Ort: Es hatte sich bereits in der Vergangenheit mit dem Menschen im Spannungsfeld der modernen Medizin befasst (vgl. die Ausstellung ‚Der <im>perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit‘). Das Museum ist gleichzeitig ein öffentlicher Ort und ein Ort der kritischen Reflexion, die nun um ein elaboriertes Verfahren der Wissensvermittlung und Meinungsbildung ergänzt wird. Die Bürgerkonferenz adressierte eine breite Öffentlichkeit sowie akademische, politische und juristische Expertisen – die Resonanz in der Presse und damit die Vernetzung zur Medienöffentlichkeit blieb allerdings gering.

Ein weiteres Charakteristikum dieses Verfahren war es, dass es *als Verfahren* kritisch begleitet wurde und die Prozeduren wie die Ergebnisse im Anschluss kritisch evaluiert worden sind (vgl. Evaluationsbericht „Begleitende Evaluation der Bürgerkonferenz ‚Streitfall Gendiagnostik‘“ 2002). Als Diskurs thematisierte sich die Bürgerkonferenz mithin auf zwei Beobachtungsebenen: auf der Ebene der Beteiligten und der wissenschaftlichen Begleitung durch einen Beirat sowie auf der Ebene einer kritischen Bewertung durch das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung in Karlsruhe: Zu den Zielen des Projekts gehörten deshalb neben den bereits genannten auch die Vorstellung der Ergebnisse bei wissenschaftlichen und politischen Entscheidungsträgern sowie die Diskussion der Bürgerkonferenz als methodisches Modellprojekt zur Partizipation. Alle diese Materialien erlauben eine eingehende Analyse dieses sorgfältig geplanten, begleiteten und evaluierten Verfahrens, und zwar aus Sicht aller Beteiligten.

Exemplarisch sollen nur wenige Aspekte hervorgehoben werden:

- Auswahl der Gegenstände erfolgte durch die Beteiligten selbst: Als Gegenstände des Diskurses entschieden sie sich für diagnostische Verfahren (Gentests für die Gesundheitsvorsorge, PID, Pränatale Diagnostik, Gesundheit). Dies hebt auch die wesentliche Voraussetzung für Konsenskonferenzen hervor: Die Alltäglichkeit

der Entscheidung. “Nur wenn man den Bürger als direkt Betroffenen der Entscheidung bzw. als Autor und Adressaten der Politik anspricht, nähert man sich einer informierten und sachgemässen Urteilsbildung. Die positive Wirkung partizipativer Verfahren ist also von der Fragestellung abhängig. Sie darf nicht zu abstrakt sein, der Bürger muss wissen, dass die Frage ihn direkt und unmittelbar betrifft” (Rippe 2001, 149).¹⁶

- Die Konsensuskonferenz bringt eine Reihe sehr unerschiedlicher Äusserungsmodalitäten ins Spiel: die Präambel, die Bauchmeinungen, die Expertenbefragungen, die Stellungnahmen und sie wechselt zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit der Äusserungen. Das bleibt nicht ohne Einfluss auf die Art der Stellungnahmen, insbesondere auf den normativen Duktus, der sich etwa in Präambel und den Stellungnahmen deutlich niederschlägt.
- Sowohl der Intra- als auch der Inter-Gruppen-Vergleich der Evaluation verdeutlicht, “dass die Teilnehmer nach der Bürgerkonferenz ihren Wissensstand zur Gendiagnostik erhöht und eine klare Haltung zu den Teilbereichen der Gendiagnostik entwickelt haben. Es gibt jedoch keine Einbahnstrasse von einem Mehr an Wissen zu grösserer Akzeptanz. Vielmehr führt die Wissensaneignung in dem untersuchten Prozess zur Herausbildung einer differenzierten Meinung, die mit der vor dem Verfahren geäusserten ‚Bauchmeinung‘ deutlich kritischer ausfiel” (Presseinformation des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, 2002).
- Die Meinungsbildung korreliert allerdings negativ mit der Befähigung zur Entscheidung: Insgesamt hatte sich ca. ein Drittel der Bürger bereits vor der Bürgerkonferenz eine Meinung zur Gendiagnostik bzw. Teilbereichen gebildet. Diese Bürger gaben an, dass sich ihre Meinung durch die Informationen, die sie während der Bürgerkonferenz geboten bekamen, gefestigt hätte. Informationsvermittlung führte also in den wenigsten Fällen tatsächlich zu einer Meinungsänderung. Was speziell PID betrifft, so haben sich zehn Frauen der Bürgergruppe sowie ein Mann haben gegen die Einführung von PID entschieden – ihnen standen acht Männer gegenüber, die für die PID votierten. Diese Wertung entspricht derjenigen vor der Konferenz. Nach der Konferenz haben sich nur noch 3 Männer explizit für die PID ausgesprochen, vier Männer stimmten neutral. In der formulierten Stellungnahme waren keine neutralen Stimmen mehr zu vernehmen und das Verhältnis befürwortend/ablehnend wurde zu 42%/58% nivelliert. Die Interpretation des Sachverhalts neutraler Wertungen durch die Studienverfasser: “Dieses Beispiel macht deutlich, dass ähnliche Ergebnisse auf völlig verschiedenen Ursachen beruhen können. Der hohe Anteil neutraler Wertungen vor der Bürgerkonferenz begründet sich in erster Linie in Unkenntnis des Begriffs, verbunden mit Unsicherheit, ein klares Urteil abgeben zu können. Der ebenfalls hohe Anteil neutraler Wertungen nach der Bürgerkonferenz beruht hingegen auf einer differenzierten Meinung.”

¹⁶ Neben der Alltäglichkeit der Entscheidungen hat Rippe eine weitere Voraussetzung für partizipative Verfahren hervor: Entscheidungen qua partizipativer Verfahren müssen Teil des politischen Alltags sein. Unter den bestehenden “Spielformen der Bürgerpartizipation haben nur Referendums- und Initiativdemokratie solche Vorzüge. Konsensuskonferenzen, an denen wenige Personen nur einmal in ihrem Leben teilnehmen, haben diese erzieherischen Effekt <allein> keineswegs. Denn es kommt gerade darauf an, dass die partizipativen Verfahren ‚in die Lebensgewohnheiten‘ eindringen. Nur dann können sie die öffentliche Diskussionskultur ... ändern” (Rippe 2001, 148). Es bedarf also einer *politischen Kultur der Deliberation*.

- Fehlende Diskussionskultur zwischen Experten und Laien: Allgemein wurde beklagt, dass zwischen Experten und Bürgern sich kein intensiver Dialog entwickeln konnte. Gründe dafür sind in der etwas ungünstigen Sitzordnung (Experten und Bürger sassen sich gegenüber) und in dem allzu strukturierten Frage-Antwort-Schema zu suchen, das eine freie Diskussion verhinderte. Auch dass die Statements von den Experten noch einmal verlesen wurden, obwohl sie den TeilnehmerInnen sie in schriftlicher Form vorlagen, behinderte die Diskussionskultur ebenfalls.
- Wirkungen im sozialen Umfeld: Diese Fragestellung betrifft insbesondere die Funktion der Teilnehmer als Multiplikatoren. So wird etwa darauf hingewiesen, dass schon bei der Auswahl der TeilnehmerInnen eine lebhaftere Diskussion in deren sozialem Umfeld stattfand. Im Durchschnitt unterhielten sich die Bürger vor, während und nach der Konferenz mit 28 Mitmenschen. Das Interesse der Gesprächspartner richtete sich vorwiegend auf das Verfahren der Bürgerkonferenz sowie auf die Thematik Gendiagnostik. Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zur Gendiagnostik fand wenig Interesse.

FORSCHUNGSFRAGEN

- i) Wie funktioniert in diesem Forum das praktische moralische Rasonnement? Welches Gewicht geben die TeilnehmerInnen dem (kontroversen) Wissen gegenüber anderen Wissensformen (z.B. Glauben, Erfahrungswissen)?
- ii) Gibt es Indizien dafür, dass die starke Wissenschaftsbasierung in der Zusammensetzung des Expertenkreises wie auch hinsichtlich der Prozedur der Bürgerkonferenz einer zwar sachlich informierten, aber auch anderen Rationalitätskriterien folgenden Meinungsbildung hinderlich ist?
- iii) Aufklärung und Entscheidungsvermögen scheinen negativ miteinander zu korrelieren: Mehr Wissen führt zu neutralen Wertungen. Indiziert dies zugleich, dass damit ein Verständnis für gesellschaftliche Entscheidungen unter Unsicherheit wächst? Gibt es ggf. weitere Indikatoren für die (Möglichkeit der) Einübung in den Umgang mit kontroversen Wissen und differierenden Werten?

4.5 FORUM: PRINTMEDIEN

Die Printmedien stellen ein weiteres wichtiges Element des öffentlichen Diskurses dar. Ihnen kommt allerdings eine Doppelrolle der Arenen und der Akteure zu. Als Arenen der öffentlichen Erörterungen zu ES und therapeutischem Klonen bieten sie verschiedenen Stimmen Raum: Sie repräsentieren und stimulieren gewissermassen eine indirekte Debatte zwischen verschiedenen Diskursteilnehmern. Anders als an ‚Runden Tischen‘ nehmen die AutorInnen bzw. Artikel in der Regel zwar nur einseitig aufeinander Bezug, doch die regelmässige Lektüre der Printmedien ergibt (zumindest) in Hochphasen der Debatte eine, wenn auch lose verknüpfte Argumentation. Sie informiert darüber, wer mit welchen Positionen und welchen Überzeugungen mit wem oder gegen wen argumentiert – und darüber, was überhaupt ‚Argumente‘ sind.

Gleichzeitig aber sind die Medien auch eigenständige Akteure in diesen Debatten. Dies zum einen indirekt, indem sie selbst selektiv die Auswahl von Themen, Interviewpartnern, Berichtshäufigkeit, etc. steuern. Zum anderen aber auch direkt, indem und immer dann, wenn sie selbst Foren initiieren (z.B. ZEIT-Forum der Wissenschaft), die Meinungsbildung in einem unmittelbaren Dialog und nicht nur durch passive Lektüre erlaubt. Darüber hinaus kommt es im Laufe der medialen Inszenierung von *issues* immer häufiger zur Bezugnahme der verschiedenen (Print-)Medien aufeinander: Dies kann als der Übergang von dem biomedizinisch/-technologischen Diskurs *in den* Medien zum biomedizinisch/-technologischen Diskurs *der* Medien bezeichnet werden.

In beiden Formen jedoch stellen die Printmedien neben dem Fernsehen die sicher wichtigsten Foren des öffentlichen Diskurses dar (und bereit). Sie stoßen auf besonders breite Aufmerksamkeit und Resonanz und sind deshalb von besonderer Signifikanz.

Die Expertise der Arbeitsgruppe Weingart, Salzmann und Wörmann befasst sich ausführlich mit den medienöffentlichen Diskursen zu wissenschaftlichen und technologischen *issues* in den Massenmedien, und zwar im Hinblick auf ein vertieftes Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft, Medien und Gesellschaft. Speziell geht es um die Konsequenzen der Medialisierung für die Wissenschaft, der Legitimation ihrer Forschung, und zwar gerade dort, wo sie in Form von Kontroversen auftritt. Was bedeutet dies für das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft (*Public Understanding of Science*)?

Die vorliegende Expertise teilt die o.g. Erkenntnisinteressen, fokussiert indessen auf den Aspekt der forum-spezifischen Diskursivierung und besonders auf die hier artikulierten Reflexionen auf den Diskurs.¹⁷ Exemplarisch werden hier Äusserungen aufgelistet, die zur medienspezifischen Konstruktion dessen beitragen, das sich als ‚Möglichkeiten und Grenzen eines gesellschaftlichen Diskurses über Stammzellen‘ bezeichnen lässt. Die Grenzen dieses Kontinuums markieren plakativ zwei Zitate:

Zu den Möglichkeiten: “Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker müssen sich in den Institutionen der Demokratie der Frage stellen, welche Gesellschaft aus der Anwendung ihrer Erkenntnisse entsteht. Umgekehrt muss die Technikfolgenabschätzung aus ihrer Nischenrolle herauskommen und Grundlagen für den öffentlichen Diskurs schaffen. Es geht eben nicht nur um Entscheidungen, für die ein gewaltiger ökonomischer Druck aufgebaut wird, sondern auch um Wirkungen für die Gesellschaft, für unsere Kultur, für ein gutes Leben, die bedacht werden müssen. Das ist die ureigenste Aufgabe der Politik” (Müller, ZEIT, 34/2001).

Zu den Grenzen: “Ethik, so viel wird man immerhin sagen können, hat mit dem Verbindlichen zu tun, mit Haltepunkten und Alternativen, mit dem Entweder-Oder und mit dem Bis-hierher-und-nicht-weiter, kurz: mit Grenzen: Wo sie verlaufen, mag strittig sein, zwischen den Weltanschauungen und den Philosophenschulen, unter den Bürgern einer pluralistischen Gesellschaft. Aber wer mit dem Gedanken unüberschreitbarer Grenzen überhaupt nichts mehr anfangen kann, wem das alles nur noch als Fundamentalismus oder Willkür erscheint, wer sich ganz und gar mit Konsens und Kompromiss zufrieden gibt – der hat den geistigen Einzugsbereich der Ethik verlassen und sich von ihren Ansprüchen verabschiedet” (Ross, ZEIT, 21/2001).

Angesichts einer grossen Zahl von Artikeln, in denen zur Frage der Möglichkeiten und Grenzen von Diskursen direkt oder indirekt Stellung genommen wird, lässt sich durchaus behaupten, dass dies unterdessen selbst

¹⁷ Ausgenommen werden hier alle Erörterungen, die sich auf den Nationalen Ethikrat beziehen; dazu s. 4.3.

ein *issue* geworden ist: Viele Gruppen, Personen und Organisationen äussern sich dazu: Diskurs zu diesem Themenkreis gilt als gesellschaftlich äusserst bedeutsam und zugleich lebensweltlich nah für ‚Jedermann‘. Die für dieses Medium vergleichsweise ausdauernde Deliberation zum politischen Umgang mit den aktuellen biomedizinischen Herausforderungen ist jedenfalls nicht zu trennen von der immer wieder aufflammenden Reflexion auf den öffentlichen Diskurs selbst (dies natürlich auch motiviert durch einzelne Ereignisse wie die Einrichtung des NER).

Zu den Aspekten des medialen Diskurses über öffentliche Diskurse zu biomedizinischen Fragen gehören:

Die Konstruktion der Signifikanz des Diskurses:

- “In Stammzellen werden derzeit überall grosse Erwartungen gesetzt. Weil sie sich in verschiedene Richtungen entwickeln können, eignen sie sich möglicherweise zur Regeneration von Körpergewebe. Man hofft, sie eines Tages beispielsweise dazu nutzen zu können, erschlaffte Herzmuskel zu stärken, eine angegriffene Leber zu verjüngen, Erblindeten das Augenlicht wieder zu schenken und Verwirrten wieder zu klarem Denken zu verhelfen” (Hobom in FAZ, 10.1.2001).
- “Plötzlich treten Politiker mit vorgeblich wissenschaftlich gesicherten Versprechungen auf, so absolut wie jene, mit denen früher die Alchemisten die Herrscher in Erregung versetzten: Stammzellenforschung, um den Krebs zu besiegen, therapeutisches Klonen, um Organkrankheiten zu therapieren, PID, um Erbkrankheiten auszumerzen” Schirmmacher, FAZ, 6.6.2001).

Dramatisierung, Skandalisierung, Emotionalisierung:

- “Fast täglich werden neue Namen von Forschern genannt, die im Verdacht stehen, Stammzellen aus menschlichen Embryonen im Ausland bestellt zu haben oder schon in deren Besitz zu sein. [...] Aus Forschersicht wird dieses Spiel bereits mit einem bösen Namen belegt: Detlev Ganten, Leiter des Berliner Max-Delbrück-Centrums, glaubt “Züge einer Hexenjagd” zu erkennen (Bahnen, FAZ, 4.7.2001).
- “Verbale Argumente werden in Washington sofort durch hochgehaltene Babys ersetzt. [...] Offensichtlich wirken die Bilder mit kranken Babys, deren Eltern sich von der Stammzellenforschung Heilung versprechen, stärker als jene der anderen Babys, die der Forschung “entkommen” sind. Nach letzten Umfragen liegen die Befürworter der Stammzellforschung deutlich im Vorsprung” (Mejias, FAZ, 20.7.2001).

Diskussion über Zulässigkeit/Wirksamkeit bestimmter Argumente:

- In der FAZ deutete Schröder an, was er unter dem Kampf gegen die “ideologischen Scheuklappen” verstanden haben will, nämlich: 1. Wirtschaftliche Argumente sollen zulässig sein. 2. Die deutsche Debatte müsse sich aus den Schatten der Nazizeit lösen. Ungenierte Diskussionen sollen stattfinden können (Bethge et al., Der Spiegel, 20/2001).
- “Die Ethik spielt im Modell der verselbständigten Wissenschaften die Rolle einer Fahrradbremse am Interkontinentalflugzeug” (Beck, Der Spiegel, 50/2001).
- “Die unbewussten Motive und Triebkräfte im reproduktions- und biomedizinischen Fortschritt werden viel zu wenig reflektiert und bewusst gemacht” (R. Kollek, ZEIT, 21/2001).

Streitkultur?

- “Es habe viel Streitkultur gegeben, besonders zur Gentechnik, wobei der Kirchentag hier keine eindeutige Position bezogen habe, und das sei, meinte Kirchentagspräsident Martin Dolde, seine Stärke” (Reents, FAZ, 18.6.2001).
- “Wo der Präsident einer Gesellschaft der Spitzenforscher <Markl, MPG> mit Vorurteilsformeln aus der Kulturkampfbox herumpfuchtelt, ist für den sachlichen Austausch zwischen den Disziplinen kaum etwas zu hoffen” (Sahm, FAZ, 7.7.2001).

Direkter Bezug auf die Öffentlichkeit:

- Wiestler: Man sollte nach dieser langen Diskussion unter Politikern und Experten “gelegentlich auch mal in die Bevölkerung hineinhören. Was mich immer wieder beeindruckt in den Gesprächen am Rand von Podiumsdiskussionen, Fernsehsendungen, usw., ist eine Meinung, die von einem grossen Prozentsatz der Zuhörer immer wieder geäussert wird: Wenn dieses Gebiet der Medizin wirklich nützt und neue Behandlungsverfahren verspricht, müssen wir auch in Deutschland daran arbeiten. Wir möchten allerdings unter allen Umständen vermeiden, dass Missbrauch getrieben wird. Ich glaube, das ist genau das, wozu wir aufgerufen sind. Und so muss die Kompromisslösung im Endeffekt auch aussehen” (ZEIT, 48/2001).

Vergleichbarkeit mit anderen Debatten:

- W. Schäuble zieht den Vergleich zur Abtreibungsdebatte: “Ich habe immer dafür geworben, die Debatte um den Schutz ungeborenen Lebens nicht wieder streitig aufzunehmen. Auch wenn das, was damals in Karlsruhe herausgekommen ist, nicht meiner Überzeugung entsprochen hat, hat es doch zu einer gewissen Befriedung geführt – wie es auch der Sinn solcher ‚Debatten‘ ist. Das macht es so schwierig mit ‚klaren‘ Positionen. Es hat sich seit den siebziger Jahren, und dadurch, dass die Debatte nicht mehr so streitig geführt wird, gezeigt, dass die Bereitschaft jüngerer Frauen gewachsen ist, den Konflikt zugunsten des werdenden Lebens auszuhalten” (Die ZEIT, 21/2001).
- B. Schöne-Seifert: Betont, dass in der Frage des Embryonenschutzes im Hinblick auf Abtreibung und verbrauchender Embryonenforschung “nicht mit zweierlei Mass gemessen werden darf” (ZEIT, 9/2001).
- A. Merkel: “Es ist ein bisschen wie bei der Debatte um die Kernspaltung. Damals hat der Mensch zum ersten Mal erlebt, dass er sich selbst in einem nicht geahnten Mass vernichten kann, und zwar unter Hinterlassung von generationenübergreifenden Schäden. Da gab es auch über Parteigrenzen hinweg eine Debatte über die Verantwortbarkeit und Bändigung der Technik” (Der Spiegel, 26/2001).

FORSCHUNGSFRAGEN

- i) Inwieweit tragen die Printmedien zur Reflexion auf Form und (politische) Funktionen von Diskurs bei?
- ii) Wie inszenieren die Medien, die selbst Akteure und Arenen von Diskursen sind, Themen, Argumente und Sprecher der politisch-ethischen Auseinandersetzung?
- iii) Wie werden die Demokratiefunktionen von medialer Öffentlichkeit im Diskurs der Medien erörtert und eingesetzt (z.B. durch Verweis auf die Aufklärungspflicht der Medien)?
- iv) In welchen Formen erscheint die Ethik im medialen Diskurs zu biomedizinischen Fragen (als Auslöser oder aber als Argument für die Unmöglichkeit von Diskurs, als Dramatisierung, etc.)?

5. DISKURSIVER RAHMEN: GOUVERNEMENTALITÄT - GOVERNANCE

Die soeben skizzierten Diskurse, ihr zunehmender Einsatz im (sub-)politischen Bereich, sowie die gesellschaftliche Reflexion auf sie sind bisher im direkten Zugriff thematisiert worden. Die aufgeführten Forschungsdesiderate bezogen sich daher auf die Thematisierung der Praxis öffentlicher Deliberation sowie deren Kommentierung in verschiedenen bisher vorliegenden Foren und Formen. Im letzten Abschnitt soll auf zwei Topoi hingewiesen werden, die die damit angesprochenen neuen Interaktionsformen von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit im Diskurs in den Rahmen von ‚neuen Regierungstechnologien‘ stellen: Es handelt sich um die Topoi ‚Gouvernementalität‘ und ‚Governance‘. Beide Konzepte behandeln die politische Wirkung von Diskursen als Frage nach der politischen Rationalität, die sich darin artikuliert.

Die Perspektive der Gouvernementalität fragt nach den Strukturen, Funktionen und Transformationen politischer Führung, und dies schliesst Praktiken der Fremd- und Selbstführung ein. „Der Staat“, so Foucault, auf den sich diese Studien berufen, ist „nichts anderes als der bewegliche Effekt eines Regimes vielfältiger Gouvernementalität“ (Foucault 2000, 70). Es geht um Praktiken des Führens: Die neueren *governmentality studies* beobachten dabei generell die Abnahme staatlicher Souveränität und Planungskapazitäten zugunsten eher informeller Formen der Regierung. Dazu gehört auch „die Etablierung neuer Formen von ‚Subpolitik‘, die unterhalb der Schwelle dessen operieren, was traditionellerweise das Politische ausmachte“ (Lemke et al. 2000, 26, s. auch 1.2). Deliberationen in Diskursen sind dafür ein Beispiel: Ihr reflexiver Politikmodus ist allerdings nicht das Gegenteil von Herrschaft. Jenseits des Duals von Freiheit und Herrschaft geht es nun um informellere Formen von Autorität und Autorisierung. Diese Modifikation von Herrschaft äussert sich v.a. in der zunehmenden Kopplung von Regierungszielen (z.B. Legitimierung wissenschaftsbasierter Entscheidungen unter Bedingungen von Unsicherheit und Wertedissens) an sog. Selbsttechnologien.

Was sind Selbsttechnologien? In der Formulierung Foucaults ermöglichen Selbsttechnologien es Individuen, „mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen“ (Foucault 1984, 35f.). Aus dieser Perspektive wäre etwa PID nicht nur eine (noch umstrittene) Diagnostik, sondern eine Selbsttechnologie. Die Frauen, die sich für PID entscheiden, vollziehen damit reflektierte Lebensführung. Die Motive: Optimale Vorsorge für das Kind, Fürsorge für das Kind, Vor- und Fürsorge für sich selbst.¹⁸

Die subpolitische Deliberation, so die These, ist eine weitere und neue Weise der Regierung: Sie forciert die individuelle und/oder kollektive Reflexion auf biomedizinisch gegebene oder erhoffte Handlungsoptionen. Diese Reflexion auf spezifische ‚Angebote‘ ist nicht zu trennen von der Aufforderung oder aber dem Wunsch der ‚Nachfragenden‘, Gebrauch von diesen Optionen zu machen. Die Nutzung von PID mag im Diskurs (zunächst) umstritten sein, doch im Diskurs wird sie auch auf spezifische Verwendungsmöglichkeiten und Verantwortbarkeiten

¹⁸ Dazu Beck-Gernsheim: Denn wie „unsere Arbeits- und Lebenswelt aussieht, sind Frauen auch mit einem gesunden Kind schon behindert genug“ (Beck-Gernsheim 2001, 34). Dies ist Sarkasmus, keine Zustimmung.

‚getestet‘ – dies geschieht unter direkter oder indirekter Beteiligung der Individuen. Was prozedural als wenig aufwendig und wenig effizient erscheinen macht (Regieren per Diskurs), nimmt sich im Hinblick auf die Legitimation als besonders effizient aus: „Im Rahmen neoliberaler Gouvernamentalität signalisieren Selbstbestimmung, Verantwortung und Wahlfreiheit nicht die Grenze des Regierungshandelns, sondern sind selbst ein Instrument und Vehikel, um das Verhältnis der Subjekte zu sich selbst und zu den anderen zu verändern ... Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionsformen ist begleitet von einer Restrukturierung der Regierungstechniken, welche die Führungskapazität von staatlichen Apparaten und Instanzen weg auf ‚verantwortliche‘, ‚umsichtige‘ und ‚rationale‘ Individuen verlegt... Warum sollte es nötig sein, individuelle Freiheiten und Gestaltungsspielräume einzuschränken, wenn sich politische Ziele wesentlich ‚ökonomischer‘ mittels individueller ‚Selbstverwirklichung‘ realisieren lassen?“ (Lemke et al. 2000, 30).

Öffentliche Deliberationen in geordneten Diskursen befinden sich aus dieser Perspektive im Schnittpunkt von Herrschafts- und Selbsttechnologien; sie sind eine Technologie des Führens (im Doppelsinne des Anführens und des Sich-Verhaltens). Die unterschiedlichen Grade ihrer Reflexivität und Institutionalisierung stellen sicher, dass auch komplexe Fragen sehr unterschiedliche Öffentlichkeiten erreichen und dort im Modus der mehr oder weniger engagierten kommunikativen Beteiligung ihre Wirkung entfalten können. Die Wirkungen können zwar inhaltlich sehr verschieden sein (sie reichen von entschiedener Ablehnung bis hin zu emphatischer Anspruchshaltung), doch die Tatsache vielfältiger Diskursivierung mit den unterschiedlichsten Adressierungs- und Involvierungsschwellen erzeugt eine nicht mehr zu ignorierende Irritation, die alle Akteure und Akteursgruppen gleichermaßen betrifft.

Es ist der Modus der ‚Selbstbestimmung‘, der den politisch institutionalisierten Diskurs zu biomedizinischen und biotechnologischen Fragen durch die eingangs skizzierten Paradoxien (biotechnologisches Regulierungsmodell, genetifizierende Lebensführung, flexibles Moralmanagement) treibt. Der Rekurs auf Selbstbestimmung dient dabei „in der Regel dazu, die zentrale Differenz zwischen alter Eugenik und moderner Humangenetik, autoritärem Zwang und individueller Wahlfreiheit zu markieren, darüber hinaus fungiert sie jedoch auch als Vehikel einer ‚Eugenik durch die Hintertür‘ (Duster), die sich durch ‚freiwillige Zwänge‘ auszeichnet und über die Mobilisierung von Entscheidungsoptionen und –zumutungen operiert“ (Lemke 2000, 256). Die Verpflichtung auf Kommunikation über diese Fragen ist praktisch unabweisbar: Wir sind von Diskursen umstellt.

Was sich aus der Perspektive der Gouvernamentalitätsdebatte als eine (immer etwas perfide) anmutende Transformation der Regierung über Selbstregierungstechnologien ausnimmt, hat im Rahmen von Governance-Debatten eine deutlich positivere Konnotation. Insbesondere die bio- und gen-ethische Reflexion in deliberativen Governance-Strukturen gilt als eine zivilgesellschaftliche Errungenschaft moderner Demokratien. In diesen Strukturen fungiert die Bioethik heute nicht mehr als eine restringierende Instanz, sondern wird operativ eingesetzt. „Deliberativ heisst ..., dass Input-, Output-, und operative Prozesse des demokratischen Regierens so weit, wie es beim gegebenen Stand möglich wäre, angekoppelt werden sollen an Überlegungen und Gründe, die allgemein teilen zu können alle Bürger eines bestimmten demokratischen Gemeinwesens einander zumuten wollen“ (Kettner 2000, 399f.). Diskurse, insbesondere diejenigen, die zum subpolitischen Raum rechnen, haben dabei als zivilgesellschaftliche Veranstaltungen mit relativer Unabhängigkeit vom Staat ‚schon durch ihre blosse Existenz oder Aktivität Auswirkungen auf die Politik‘. Ihre Wirkung ist darin begründet, dass die meisten dieser Aktivitäten der Wahrneh-

mung vieler relevanter Öffentlichkeiten ausgesetzt sind, um deren Gunst sie konkurrieren und deren kollektive Meinungs- und Willensbildung sie anregen, der sie ihrerseits aber auch begegnen müssen. Mit anderen Worten: Die Medialisierung dieser diskursiven Veranstaltungen macht sie nicht nur sehr sichtbar und gelegentlich auch einflussreich. Matthias Kettner folgend gewinnen sie genau dadurch ihre „kontextuelle(n) demokratische(n) Legitimation(en), ... wie demokratisch oder undemokratisch ihre Entscheidungs- und Mitgliederstrukturen intern auch verfasst sein mögen“ (Kettner 2000, 404, meine Hervorh., SM).

Damit ist jedoch noch nicht die Art und Reichweite der Wirkung subpolitischer Diskurse geklärt. Neidhart ist aufgrund öffentlichkeits- und differenzierungstheoretischer Argumente der Ansicht, dass medial hergestellte Öffentlichkeit zwar nicht inhaltlich präjudizierend wirke, jedoch einen „Reflexionsdruck“ erzeuge, „der die machtbestimmten Mechanismen organisierter Politikvollzüge irritiert und anreichert“ (Neidhart 1996, 66). Dieser Druck muss sich, denkt man dies weiter, in dem Masse erhöhen, in dem der mediale Diskurs auf die Berichterstattung über deliberative Diskurse setzt und auch selbst deliberative Foren einrichtet. Ob dies analog zum Fall der Abtreibungsdebatte zur „Entfundamentalisierung von Moralansprüchen“ und einer „Wertebindung pragmatischer Entscheidungsprozesse“ führt (vgl. Neidhart 1996, 76), ist eine empirische Frage: Offen ist insbesondere, ob jede Debatte des Typs Abtreibung oder Biomedizin/Biotechnologie von neuem durch Phasen der Entfundamentalisierung gehen muss, oder ob durch die zunehmende Etablierung solcher Verhandlungssysteme namens Diskurs das gesellschaftliche Lernen von Deliberation möglich ist.¹⁹ (Dazu gehört nicht zuletzt, wie Neidhart bemerkt, ein positives Verständnis der demokratischen Funktion von Kompromissen und der dazu notwendigen diskursiven und flankierenden praktischen Massnahmen; vgl. auch Greiffenhagen 1999).

Deliberative Governance-Strukturen zeichnen sich durch einen hohen kommunikativen und organisatorischen Aufwand aus. Ihre Effekte sind weniger transformativer als gradueller Art: Es geht nicht um Diskurs *statt* Politik, sondern um Politik *mit mehr* Diskurs. Daraus ergeben sich zum einen *Demokratiegewinne*, und zwar durch die Steigerung der Repräsentativität der gesellschaftlichen Akteure in den vielfältigen Arenen der Deliberation. Es gibt zum anderen *Legitimationsgewinne*, und zwar durch die spezifische Leistung der Diskursivität, Entscheidungen rational(er) zu begründen, einseitige Problemwahrnehmung zu vermeiden, die Folgen einer Politik zu prüfen und die nun umfassend bekannten Gesichtspunkte in Abwägung zu stellen (van den Daele, Neidhardt 1996, 44ff.)

Beide Topoi: Gouvernamentalität und Governance sprechen für die Unabweisbarkeit diskursiver Prozesse. Aus beiden Perspektiven ist ein Mehr an Diskursivierung eine Frage politischer Rationalität, die ihre spezifischen Zwänge (Gouvernamentalität) und Gewinne (Governance) mit sich bringt. Beide, Zwänge und Gewinne, sind für die Foren und Formen der aktuellen bio- und gen-ethischen Debatten konstitutiv.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Wissenschaft? Die Fundamentalisierungen und Polarisierungen der bio- und gen-ethischen Debatte sind nicht zuletzt einem tendentiell populistischen ‚Aufklärungsmodell‘ von Seiten der Wissenschaft geschuldet: Sie begünstigten die öffentliche Rezeption der biomedizinischen Forschung im Sinne eines generellen Heilsversprechens. Dies ist durch den Stand der Forschung

¹⁹ Van den Daele und Neidhardt folgend entsteht in der Regel ein Lerngewinn durch die Reinigung der Debatte von Irrelevanzen oder inhaltlich Lösbarem: „Der Konflikt wird nicht kleiner, aber reiner“, und man weiss immerhin besser, worum es wirklich geht (Daele, Neidhardt 1996).

nicht gedeckt; vor allem aber sieht ‚der Stand der Forschung‘ sehr viel differenzierter aus als im generellen Diskurs deutlich wird (vgl. die Expertise von Hüsing et al. 2002 sowie Rubin-Lucht und Hüsing. 2002). Die gewählte Strategie (auch dort, wo sie nicht-intentional war) hat deshalb für die Wissenschaft nicht den erhofften Werbe- und Forschungsförderungseffekt gehabt, sondern sie unter (weitgehend selbst erzeugten) Rechtfertigungsdruck gesetzt (vgl. Weingart 2001). Eine detailliertere und interaktivere Adressierung der Öffentlichkeit hätte demgegenüber deutliche ‚Reinigungseffekte‘ auf den öffentlichen Diskurs (s. Fn. 19). Das derzeit propagierte ‚engagement model‘ im Programm des *Public Understanding of Science* (vgl. Miller 2001) fordert entsprechend die Wissenschaft nicht nur zur Information der, sondern auch zum *Dialog mit* der Öffentlichkeit auf. Dazu bieten sich heute vielfältige Foren und Formen des Diskurses an.

Am Horizont einer demokratisch basierten Wissensgesellschaft steht das, was man als Diskurs-Gesellschaft bezeichnen könnte: „Wir müssen uns gemeinsam immer wieder darauf verständigen, welche Richtung wir dem Fortschritt geben wollen. Wir müssen immer neu entscheiden, welche Grenzen wir überschreiten und welche Grenzen wir akzeptieren wollen. Wir müssen immer wieder wägen und entscheiden ...“ (Rau 2001, 38). Angesichts dieses *immer wieder* scheint es hochgradig geboten, die Formen solcher Diskurse in ihrer Funktion für die Legitimierung politischer Entscheidungen und auch der wissenschaftlichen Forschung trotz und aufgrund wissenschaftlicher Kontroversen besser zu verstehen.

FORSCHUNGSFRAGEN

ZUR DISKURSIVIERUNG BIO- UND GEN-ETHISCHER DEBATTEN DURCH DIE POLITISCHE INSTITUTIONALISIERUNG VON DISKURS

- i) Wie wird die Kommunikation in diesen Foren organisiert; ist die Kommunikationsorganisation selbst ein Thema der Auseinandersetzung?
- ii) Die Problematisierungsweisen in den einzelnen Foren unterscheiden sich hinsichtlich des Ausmasses ihrer Diskursivität: Sie reichen vom Frage-Antwort-Schema bis zur face-to-face Debatte. Was bedeuten diese Formen für die Disziplinierung des Themas?
- iii) Die einzelnen Foren und Formen unterscheiden sich auch hinsichtlich der Inszenierung der Diskurse: Welche Rolle spielen Rituale, Rhetorik, Metaphern, Begriffspolitik (z.B. ‚Stammzellhaufen‘)?
- iv) Wie übt ein verteilter und nur lose miteinander verknüpfter Diskurs seine Demokratiefunktionen aus? Welche Rolle spielt die Medialisierung bei der Vernetzung der verschiedenen Diskursforen (beispielsweise die eines organisierenden Meta-Diskurses)?
- v) Laut Rippe (2000, 144f.) kommen in low cost Situationen (hier z.B. im Internet-*chat*) oder in unentscheidbaren Fragen (z.B. Risikoabschätzung zur ES-Forschung) moralische Entscheidungen oft eher als nur-expressive (statt als informierte) Akte zur Geltung. Dies, so die daraus folgende These, ändert sich mit der Direktheit der Diskurssituation und Konkretheit von Entscheidungsfragen. Gibt es foren- und fragenspezifische Formen der Ethisierung?

- vi) Was tragen die diskursiven Aushandlungen zu Fragen des politischen Umgangs mit kontroverserem Wissen zur Risikodebatte bei? Etabliert sich hierin eine Praxis oder eine ‚Kultur des Nichtwissens‘ (Luhmann 1992)?

6. LITERATUR

- Apel, Karl-Otto (1981), Das apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik, in: ders., *Transformation der Philosophie*, Bd. 2, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bechmann, Gotthard (1997), Diskursivität und Technikgestaltung, in: Sabine Köberle, Fritz Gloede, Leonhard Nennen (Hg.), *Diskursive Verstaendigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen*, Bade-Baden: Nomos, 151-162.
- Bimber, Bruce (1996), *The Internet and Political Transformation*. Santa Barbara (<http://www.sscf.ucsb.edu/~survey1/poltran2.htm>).
- Böhmer, Maria (2001), CDU/CSU-Chat, <http://www.educsu.de/framehtml.jsp?URL=http://www.educsu/presse/texte>.
- Bohlmann, Andreas (2000), Stammzellen aus Nabelschnurblut, *de.sci.medizin.misc*.
- Bora, Alfons, van den Daele, Wolfgang (1997), Partizipatorische Technikfolgenabschätzung. Das Verfahren des Wissenschaftszentrums Berlin zu transgenen herbizidresistenten Kulturpflanzen, Sabine Köberle, Fritz Gloede, Leonhard Hennen (Hg.), *Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen*, Frankfurt/Main: Nomos, 125—148.
- Bora, Alfons (1993), Gesellschaftliche Integation durch Verfahren Zur Funktion von Verfahrensgerechtigkeit in der Technikfolgenabschätzung und –bewertung. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 14, 1, 55-79.
- Daele, Wolfgang van den, Friedhelm Neidhart (Hg.) (1996), ‚Regierung durch Diskussion‘ - Über Versuche, mit Argumenten Politik zu machen, in: W. van den Daele, Friedhelm Neidhart (Hg.) (1996), *Kommunikation und Entscheidung: Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*, Berlin: Edition Sigma, 9-51.
- Daele, Wolfgang van den (1989), „Das zähe Leben des präventiven Zwangs“, in Schuller, Alexander, Heim, Nikolaus (Hg.), *Der codierte Leib. Die Zukunft der genetischen Vergangenheit*, Zürich, München: Artemis, 205-228.
- Debatin, Bernhard (2002), Allwissenheit und Grenzenlosigkeit: Mythen um Computernetze, Ms., 1-11.
- Döbert, Rainer (1994), *Handlungs-/Partizipationskosten und die Reproduktion neokonstruktivistischer Relativismen. Ein Blick auf ein erhellendes Ende einer Technikfolgenabschätzung*, MS, Berlin: WZB.
- Düwell, Marcus (2000), Die Bedeutung ethischer Diskurse in einer werteppluralen Welt, Matthias Kettner (Hg.) (2000), *Angewandte Ethik als Politikum*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 76-114.
- Durant, John (1999), Public understanding. Participatory technology assessment and the democratic model of the public understanding of science, In: Simon Joss (ed.) (1999), *Science and Public Policy*, 26, 5, 313-319.
- Evaluationsbericht „Begleitende Evaluation der Bürgerkonferenz ‚Streitfall Gendiagnostik‘“ 2002, <http://www.isi.fhg.de/publ/downloads/isi02b11/gendiagnostic.pdf>.
- Finney, Colin (1999), Extending public consultation via the Internet: the experience of the UK Advisory Committee on Genetic Testing electronic consultation, in: Simon Joss (ed.), *Science and Public Policy. Special Issue on public participation in science and technology*, 26, 5, 361-373.
- Foucault, Michel (2000), Die Gouvernementalität, in: Ulrick Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke, *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 41-67.
- Foucault, Michel (1991), *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt/Main: Fischer.
- Foucault, Michel (1973), *Archäologie des Wissens*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Fox-Keller, Evelyn (1995), "Erbanlage, Umwelt und das Genomprojekt, in: *Der Supercode. Die genetische Karte des Menschen*, hg. V. Daniel J. Kevles und Leroy Hood, Frankfurt/Main, 284 – 303.
- Geyer, Christian (2001), *Biopolitik. Die Positionen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gloede, Fritz (1994), Technikpolitik, Technikfolgenabschätzung und Partizipation, in: Bechmann, G., Petermann, Th. (Hg.), *Theorien und Praktiken der Technikfolgenabschätzung*. München, Wien: Profil, 105-128.
- Greiffenhagen, Martin (1999), *Kulturen des Kompromisses*, Opladen: Leske+Budrich.
- Habermas, Jürgen (1992), Vom pragmatischen, ethischen und moralischen Gebrauch der praktischen Vernunft, in: Jürgen Habermas, *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 100-118.
- Habermas, Jürgen (1988), *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hagen, M. (1996), A Road to Electronic Democracy? Politische Theorie, Politik und der Information Superhighway in den USA, in: Kleinseuber, Hans J. (Hg.), *Der 'Information Superhighway': Amerikanische Visionen und Erfahrungen*, Opladen: Westdeutscher Verlag. 63ff.
- Hennem. Leonhard (1999), Uncertainty and modernity. Participatory technology assessment: a response to technical modernity? In: Joss, Simon (ed.) (1999), *Science and Public Policy*, 26, 5, 303-312.
- Hüsing, Bärbel, Engels, Eve-Marie, Frietsch, Rainer, Gaisser, Sibylle, Menrad, Klaus, Rubin-Lucht, Beatrix, Schweizer, Reiner (2002), Menschliche Stammzellen. Zwischenbericht, www.ta-swiss.ch
- Joss, Simon (2002), Toward the Public Sphere – Reflections on the Development of Participatory Technology Assessment, in: *Bulletin of Science, Technology & Society*, Bd. 22, 3, 220-231.
- Keller, Reiner, Andreas Hirsland, Werner Schneider, Willy Viehöver (Hg.) (2001), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden*, Opladen. Leske + Budrich, 261-284.
- Kettner, Matthias (2001), Das Dilemma der Faszination, in: Wissenschaftszentrum NRW (Hg.), *Das Magazin*, 12, 2, 26-27.
- Kettner, Matthias (Hg.) (2000a), *Angewandte Ethik als Politikum*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kettner, Matthias (Hg.) (2000b), Welchen normativen Rahmen braucht die Angewandte Ethik?, *Angewandte Ethik als Politikum*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 388-407.
- Kleimann, Bernd (2000), Konfliktbearbeitung durch Verständigung. Überlegung zu Begriff und Funktion des Diskurses, in: Heinz-Ulrich Nennen (Hd.), *Diskurs. Begriff und Realisierung*, Würzburg: Königshausen & Neumann, 127 – 139.
- Krohn, Wolfgang (1997), Die Innovationschancen partizipatorischer Technikgestaltung und diskursiver Konfliktregulierung, Sabine Köberle, Fritz Gloede, Leonhard Hennen (Hg.), *Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen*, Frankfurt/Main: Nomos, 222—246.
- Kymlicka, Will (2000), Moralphilosophie und Staatstätigkeit, in: Matthias Kettner (Hg.) (2000), *Angewandte Ethik als Politikum*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 193-225.
- Lemke, Thomas (2000), Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernamentalität, in: Ulrick Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke, *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 224-267.
- Lemke, Thomas, Kramann, Susanne, Bröckling, Ulrich (2000), Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Ulrick Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke, *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 7-40.
- Lösch, Andreas: *Genomprojekt und Moderne. Soziologische Analysen des bioethischen Diskurses. Reihe: Kultur der Medizin. Geschichte - Theorie - Ethik*. Bd. 3, hrsg. von Andreas Frewer (Campus) Frankfurt/New York.
- Luhmann, Niklas (1989), Kommunikationssperren in der Unternehmensberatung, in: Luhmann, N., Fuchs, P. (Hg.), *Reden und Schweigen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 209—227.
- Luhmann, Niklas (1992), Ökologie des Nichtwissens, in: Niklas Luhmann (1992), *Beobachtungen der Moderne*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 149-220.
- Mambrey, P. (1996), *Digitale Partizipation der Bürger*. In: FIFF-Kommunikation, Jg. 1996, 4, 10ff.
- Miller, Steve (2001), Public understanding of science at the crossroads, *Public Understanding of Science* 10, 115 – 120.
- Neidhart, Friedhelm M. (1996), Öffentliche Diskussion und politische Entscheidung. Der deutsche Abtreibungskonflikt 1970-1994, in: W. van den Daele, Friedhelm Neidhart (Hg.) (1996),

- Kommunikation und Entscheidung: Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren*, Berlin: Edition Sigma, 53-82.
- Office of Science and Technology, Wellcome Trust, *Science and the Public, A Review of Science Communication and Public Attitudes to Science in Britain*, London, 2000.
- Projektbeschreibung "Bürgerkonferenz" 2001, http://www.buergerkonferenz.de/pages/start_dhmd2.htm.
- Presseinformation des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, 2002, <http://www.isi.fhg.de/pr/2002de/pri052002.htm>.
- Rammert, Werner (1993), *Technik aus soziologischer Perspektive*, Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Rau, Johannes (2001), *Wird alles gut? Für einen Fortschritt nach menschlichem Mass*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Rippe, Klaus, Peter (2000), Ethikkommissionen in der deliberativen Demokratie, Matthias Kettner (Hg.) (2000), *Angewandte Ethik als Politikum*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 140-164.
- Rubin-Lucht, Beatrix, Hüsing, Bärbel (2002), Arbeitspapier ,Medizinisch-wissenschaftlicher Aspekte der Forschung an menschlichen Stammzellen, Ms.
- Schulz, Sabine (2001), Embryonen und Stammzellen, de.alt.naturheikunde
- Schwab-Trapp. Michael (2001), Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse, in: Reiner Keller, Andreas Hirseland, Werner Schneider, Willy Viehöver (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden*, Opladen. Leske + Budrich, 261-284.
- Simitis, Spiros (2001), Stern-Chat, http://www.stern.de/politik/chataktuell/archiv/5150_36270.html. 14.11.2001.
- Van Dijk, Teun A. (1997a), *Discourse as Structure and Process*, 4 Bde., London: Routledge.
- Van Dijk, Teun A. (1997b), *Discourse as Social Interaction*, *Discourse Studies* Bd. 2 , London: Routledge.
- Weingart,P. (2001): *Die Stunde der Wahrheit?. Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist. Velbrück
- Wienhöfer, Beckmann (1998), *Internetgestützter Diskurs zur Technikfolgenabschätzung. Machbarkeitsstudie*, 104, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg: Stuttgart.
- Wiestler, Otmar (o.D.), T-Online-Chat, http://community.t-online.de/Comm/even/arch/expe/wiss/chat/CP/a_otmar_wiestler.html.
- Winnacker, Ernst Ludwig (2001), DFG-Chat, http://www.dfg.de/live/stammzellen/chat_ewinnacker.pdf.
- Zimmermann, Kai (2001), Stammzellen aus Nabelschnur einfrieren, z-netz.gesundheit.allgemein.

Anhang 1: Öffentliche Tagungen & Symposien zum Thema Stammzellen, etc., unvollständige Übersicht (zu 4.2. der Skizze)

	Veranstalter	Ort	Zeit	Thema	Adressatenkreis
1.	Universität Passau, Der SprecherInnenrat	Passau	2001/ 2002	Vortragsreihe: Grenzen der Wissenschaft	Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
2.	Deutscher Behindertenrat	Berlin	04.12.2000	Menschenwürde – Bürgerrechte. Unantastbar? – garantiert?	
3.	PDS Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik	Braunschweig	28.04.2001 – 29.04.2001	Umgang der PDS mit der Bio- und Gentechnologie, Frühjahrs- Tagung der BAG Wissenschaftspolitik	<i>PDS- Mitglieder</i>
4.	F Friedrich- Ebert- Stiftung	Berlin	14.05.2001	Biomedizin zwischen wirtschaftlichen Chancen und ethischen Risiken	
5.	Berliner Dialog Biomedizin, Friedrich Ebert Stiftung	Berlin	15.05.2001	Erfahrungsberichte: Ethikräte in Frankreich und der Europäischen Union	
6.	Zukunftsforum Politik, Konrad Adenauer Stiftung	Berlin	28.05.2001	Biowissenschaften in der Verantwortung I: Evolution aus Menschenhand? Die Ziele der Humangenetik und Fortpflanzungsmedizin	
7.	AStA Allgemeiner Studentinnenausschuss Frankfurt, Fachschaft Biomedizin	Frankfurt	08.06.2001	Forum für aktuelle bioethische Fragestellungen	<i>Studierende</i>
8.	EWHNET, BCPH Berlin Centre of Public Health, DGSM	Berlin	07.06.2001 – 08.06.2001	Gender Based Analysis (GBA) in Public Health Research, Policy and Practice	
9.	The sunshine project, IPPNW, medico international, weiter denken e.v. in der Heinrich Böll Stiftung	Dresden	09.06.2001	Biologische Waffen im 21. Jahrhundert	
10.	Evangelische Akademie der Pfalz	Enkenbach	08.06.2001 – 10.06.2001	“Genetifizierung der Medizin?”	
11.	NATI Technologieagentur Niedersachsen	Hannover	15.06.2001	Niedersächsische Gen- Welten	
12.	Zukunftsforum Politik, Konrad Adenauer Stiftung	Berlin	21.06.2001	Biowissenschaften in der Verantwortung II: Per Check up zum Traumkind? Frauen im Entscheidungssog der vorgeburtlichen Diagnostik	
13.	Amerikanisches Generalkonsulat München, Max- Planck- Institut für ausländisches und internationales Patent-, Urheber-, und Wettbewerbsrecht, BioM AG, Verein zur Förderung der Humanforschung e.V.	München	28.06.2001	Wem gehört das menschliche Genom?	Fachtagung für Führungskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Recht und Medien
14.	Institut für Anatomie Essen, Institut für Wissenschaft und Ethik (IWE) Essen	Essen	06.07.2001	Medizinethik Kolloquium: Potentialität und Person. Zur Problematik eines medizinethisch viel strapazierten Begriffspaares, Das Erleben bei Zeugung und Empfängnis. Gedanken zur Personenwerdung	<i>Wissenschaftler</i>

15.	Zukunftsforum Politik, Konrad Adenauer Stiftung	Berlin	09.07.2001	Biowissenschaften in der Verantwortung III: Therapeutische Hoffnung contra Lebensschutz? Zur Debatte über den Umgang mit Embryonen	
16.	Evangelische Akademie Tutzing	Tutzing	16.07.2001 – 17.07.2001	Der Wunsch nach einem gesunden Kind	
17.	Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein- Westfalen	Düsseldorf	30.08.2001	Perspektiven der Stammzellenforschung. Wissenschaft und Forschung im Dialog	<i>Wissenschaftler u. Forscher</i>
18.	European Academy of Sciences and Art, Institute of Medicine of the national Academies of the United States of America	Salzburg	29.08.2001 – 31.08.2001	Workshop: Gene technology – the impact on the human dimension	
19.	Stiftung Niedersachsen, Niedersächsischer Landtag	Hannover	31.08.2001 – 01.09.2001	Möglichkeiten und Grenzen der Stammzellenforschung. Hearing	
20.	Evangelische Akademie zu Berlin	Berlin	14.09.2001 – 16.09.2001	Der gläserne Mensch. Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms als ethische und gesellschaftspolitische Herausforderung	
21.	Büro des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, REFLEX Institut für Praktische Philosophie und Volkshochschule Hannover	Hannover	21.09.2001 – 22.09.2001	Menschenleben und Menschenwürde	
22.	Berliner Dialog Biomedizin, Friedrich Ebert Stiftung	Berlin	25.09.2001	Therapeutisches Klonen – logische Konsequenzen der Stammzellenforschung?	
23.	Katholisches Forum Niedersachsen, Katholische Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen, Forschungsinstitut für Philosophie Hannover	Hannover	29.09.2001	Naturalismus und Menschenbild	
24.	Evangelische Akademie Mühlheim an der Ruhr	Mülheim an der Ruhr	28.09.2001 – 30.09.2001	Die Erd- Charta: Entwurf einer Ethik der Nachhaltigkeit, Herausforderungen und Perspektiven für Rio +10	
25.	Evangelische Akademie Berlin	Berlin	28.09.2001 – 30.09.2001	Ein sanftes Ende? Zur unterschiedlichen Sicht auf Euthanasie und Sterbehilfe in Deutschland und den Niederlanden	
26.	Evangelische Akademie zu Berlin, Katholische Akademie in Berlin e.V., St. Joseph Krankenhaus	Berlin	06.10.2001	Leben um jeden Preis? Zum Therapieverzicht im Alter aus ökonomischen Gründen	
27.	Diakonisches Werk der EKD, Abteilung Theologie	Stuttgart	08.10.2001 – 09.10.2001	Chancen und Grenzen der modernen Medizin. Diakonische Perspektiven zu Fragen der Genetik	
28.	Deutsche Evangelische Arbeitergemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Evangelische Akademie zu Berlin	Berlin	12.10.2001	“Gebornten, nicht gemacht...” Bildung und menschliche Würde im Zeitalter der technischen ‚Bildbarkeit‘ des Menschen	
29.	Humanistischer Verband Deutschlands	Berlin	11.10.2001 – 12.10.2001	“Herausforderung der Biotechnologie: Soziale, ökonomische und ethische Probleme”	Fach- Tagung
30.	Zeit- Forum der Wissenschaft	Berlin	15.10.2001	BSE: Entwarnung nach der ersten Krise?	Zeitleser und alle

					Interessierten
31.	Deutscher Bundestag, Rechtsausschuss	Berlin	17.10.2001	Entwurf eines Gesetzestextes zur Umsetzung der Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen	Öffentliche Anhörung
32.	Evangelische Akademie zu Berlin	Berlin	17.10.2001	Palliativmedizin und Hospizarbeit in Deutschland, Bestandesaufnahme und Perspektiven	
33.	Tutzinger Forum Bioethik, Evangelische Akademie Tutzing	Tutzing	26.10.2001 – 28.10.2001	Selbstbestimmungsrecht der Frau? Hormone, Operationen, Biotechnologien in der Kritik	
34.	GSK, Glaxo Smith Kline Stiftung	Kloster Seeon	26.10.2001 – 29.10.2001	“Predictive Medicine” GSK Stiftungssymposium	
35.	Fest der Wissenschaft – Stadt Hannover	Hannover	02.11.2001 - 04.11.2001	Erforschen, entdecken, erleben. Verschiedenen Hochschulen von Hannover stellen sich und ihre Arbeit vor.	Öffentlichkeit
36.	Zeit- Forum der Wissenschaft	Berlin	05.11.2001	Was kommt nach der Entschlüsselung des Genoms?	Zeitleser und alle Interessierten
37.	Medizinische Fakultät Charité der Humboldt Universität Berlin und Forum Medizinische Ethik der Ludwig- Maximilians Universität München	Berlin	09.11.2001 – 10.11.2001	Embryonale Stammzellen in Forschung und Anwendung, Prägenethische Implantations-Diagnostik und die Frage des Klonens (Interdisziplinäres Expertengespräch)	Va. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
38.	AKF Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.	Kassel-Eilhelmshöhe	10.11.2001 – 11.11.2001	Therapie, Technik, Markt, Moral	Jahrestagung
39.	ReproKult, Frauen Forum Fortpflanzungsmedizin	Berlin	15.11.2001 – 17.11.2001	Reproduktionsmedizin und Genetik. Frauen zwischen Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Normierung	Fach- Tagung
40.	Berliner Symposium; Mosaico medico E.V.	Berlin	20.11.2001	Stammzellen die neue Therapie?	
41.	Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche von Westfalen	Iserlohn	22.11.2001 – 23.11.2001	Biotechnologie. Tagung der Ev. Akademie der Ev. Kirche von Westfalen und der FDP NRW	
42.	Deutsch- Französisches Parlamentarierkolloquium Paris- Berlin	Mulhouse	22.11.2001- 24.11.2001	Zweites Kolloquium Paris – Berlin; Stichworte: Pränatalendiagnostik, Gentherapie, Patentierbarkeit von Genmaterial u.ä.	Politiker, Wissenschaftler
43.	Berliner Festspiele und Haus Bertelsmann	Berlin	25.11.2001	Von Genen und Embryonen – Berliner Lektionen 2001/2001	
44.	Katholische Akademie Hamburg	Hamburg	23.11.2001 – 25.11.2001	Schafft der Mensch sich selbst? Biotechnologie und Menschenbild	
45.	Evangelische Akademie Tutzing	Tutzing (Bayern)	25.11.2001 – 27.11.2001	Ethik- Kommissionen und ihr Mandat. Wie die Forschung kontrolliert wird	
46.	Deutsches Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften	Berlin	29.11.2001	Ethik und Recht im Kontext von Medizin und Biotechnologie	Öffentliches Forum
47.	Universität Paderborn	Paderborn	01.12.2001 – 02.12.2001	Techniken der Reproduktion. Medien, Leben, Diskurse	

48.	Ethikkommission der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn, Abteilung der Evang.-Theol. Fakultät	Bonn	07.11.2001 – 05.12.2001 (wöchentlich)	Ethische Probleme an den Grenzen des Lebens. Vortragsreihe zu aktuellen Fragen der Medizinethik	
49.	Institut für Gesundheit und Medizinrecht	Bremen	07.12.2001 – 08.12.2001	Patientenrecht und Bürgerbeteiligung. Stand und Perspektiven der Umsetzung individueller und kollektiver Patientenrechte	<i>Politiker, Wissenschaftler, Praktiker</i>
50.	Gesellschaft für Zelltransplantate mbH	Leipzig	11.12.2001	Workshop: "Differenzierung von Stammzellen am Nabelschnurblut in neuronalen Zellen"	Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
51.	Kooperation der Akademie des Bistums Main, Erbacher Hof mit der Evangelischen Akademie der Pfalz, Speyer	Mainz	18.01.2002 – 19.01.2002	Biomedizin auf dem Prüfstand von Recht und Ethik	
52.	IfRP unabhängiges Institut für Recht und Politik Heinrich- Böll Stiftung	Berlin	26.01.2002	Von der Durchsichtigkeit des Menschen Rechtsprobleme der Gendiagnostik	
53.	Evangelische Kirche in Deutschland; EDK Kirchenamt		28.01.2002 – 29.01.2002	"Zum Bild Gottes geschaffen. Bioethik in evangelischer Perspektive"	
54.	EDK Evangelische Kirche Deutschland, Evangelische Kirche Berlin- Brandenburg, Evangelische Akademie Berlin	Berlin	30.01.2002 – 31.01.2002	Zum Bild Gottes geschaffen, Bioethik in evangelischer Perspektive	
55.	PDS Bundestagsfraktion und AK Feministische Politik	Berlin	12.02.2002	Bioethik – Biomedizin: Gesellschaftliche Folgen und Verantwortung	
56.	Netzwerk gegen Selektion durch Genprädiagnostik	Remagen-Rolandseck	15.02.2002 – 17.02.2002	Wir wollen uns nicht gewöhnen. Können gesetzliche Regelungen und Richtlinien Selektion durch Pränataldiagnostik verhindern?	
57.	Kaiserin- Friedrich- Stiftung für das ärztliche Fortbildungswesen	Berlin	22.02.2002 – 23.02.2002	Reproduktionsmedizin – umstrittene Grenzziehung	Juristen Ärzte
58.	Evangelische Akademie Mülheim an der Ruhr	Mülheim an der Ruhr	22.02.2002 – 24.02.2002	Was ist Leben? Leben aus biologischer und theologischer Sicht	
59.	Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft	Berlin	01.03.2002	Eröffnungsveranstaltung des Instituts	
60.	Umweltreferat Institut für Kirche und Gestaltung der Evangelischen Kirche Westfalen	Iserlo	01.03.2002 – 03.03.2002	"Schicksal und Gene? Wie Gene unser Leben bestimmen"	
61.	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesärztekammer	Berlin	08.03.2002	Wissenschaftliches Symposium, zum 50- jährigen Bestehen des wissenschaftlichen Beirats der Ärztekammer	Ärzte
62.	Bundesministerium für Bildung und Forschung (Deutsches Referenzzentrum für Ethik in der Biowissenschaft)	Berlin	10.03.2002 – 12.03.2002	The impact of genetic knowledge on human life. Das genetische Wissen und die Zukunft des Menschen	
63.	Bayernforum der Friedrich- Ebert- Stiftung	Garching	12.04.2002	Die Zukunft der Stammzellenforschung in Deutschland	
64.	Zeit- Forum der Wissenschaft	Berlin	29.04.2002	Präimplantationsdiagnostik: Familienplanung aus dem Reagenzglas	Zeitleser und alle Interessierten

